



Volkswirtschaftslehre

Dipl. Kfm. Hartmut Wallbrecher

www.hartmut-wallbrecher.de



Volkswirtschaftslehre

Auch hier handelt es sich um eine Schaubildpräsentation, die den Unterricht begleiten soll. Auf Grund der komplexen Materie ist ein Lernerfolg allein an Hand der Charts kaum möglich. Andererseits unterstützen sie aber das Seminar wirkungsvoll. Ziel ist es, die wichtigsten Themen der Volkswirtschaftslehre in einigen Grundzügen darzustellen, um ein wenig Verständnis für die Komplexität der Zusammenhänge zu liefern. Mathematische Anwendungen, die normalerweise in der VWL genutzt werden, wurden bewusst auf das Wesentliche beschränkt.

Das Material ist lediglich auf die Begleitung von ca. 100 Unterrichtsstunden zugeschnitten.

Inhalte 1

- 1. Einführung**
 - 1.1 Geschichte der Wirtschaftswissenschaften**
 - 1.2 Die Wirtschaftssubjekte und ihre Entscheidungsmuster**
 - 1.3 Systematik der Güter- und Leistungsmärkte**
- 2. Mikroökonomische Grundlagen**
 - 2.1 Produktionsfunktion, Produktivität und ökonomisches Prinzip**
 - 2.2 Nachfragefunktionen auf vollkommenem und unvollkommenem Markt**
 - 2.3 Angebotsfunktionen**
 - 2.4 Elastizitäten des Nachfrage und des Angebots in Bezug auf den Preis**
 - 2.5 Markteffizienz (Produzenten- und Konsumentenerente)**
 - 2.6 Gewinnmaximierung bei div. Umsatz- und Kostenfunktionen**
- 3. Die Marktformen und ihre Bedeutung für die Preisbildung**
- 4. Makroökonomische Grundlagen**
 - 4.1 Der Wirtschaftskreislauf (Geld- und Güterströme)**
 - 4.2 Das Bruttoinlandsprodukt**
 - Definition und Messung**
 - Wachstumspfad und Konjunkturphasen**
 - 4.3 Die Steuerungsfunktion des Zinses für Sparen und Investieren**

Inhalte 2

- 5. Die offene Volkswirtschaft**
- 6. Wirtschaftspolitik**
 - 6.1 Ordnungspolitik (insbesondere Wesen der sozialen Marktwirtschaft)**
 - 6.2 Geldpolitik**
 - Definitionen und Funktionen des Geldes, Geldarten
 - Geldangebot und Geldnachfrage als Grundlage der Geldmenge
 - Das Monopolangebot der Zentralbanken
 - Der Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken
 - Die EZB – ihr Auftrag und ihr Instrumentarium
 - Fehlentwicklung Inflation – Ursachen und Gegenmaßnahmen
 - 6.3 Konjunktur- und Wachstumspolitik**
 - Nachfrage- versus Angebotsorientierung
 - Das magische Viereck
- 7. Grundzüge der Fiskalpolitik**



1.1 Geschichte der Wirtschaftswissenschaften

Historische Entwicklungen bis 18. Jahrhundert

16. und 17. Jh. Merkantilismus als Ablösung des mittelalterlichen, kirchlich geprägten Weltbildes.

Im Zeitalter des Absolutismus setzten sich auch in der Wirtschaftspolitik massive Staatseingriffe durch.

Ziele: Steigerung der nationalen Wirtschaftskraft,

Erhöhung der Staatseinkünfte,

Förderung des Exports, Außenhandelsüberschüsse.

Maßgeblich beeinflusst vom franz. Finanzminister **J-B. Colbert**.

18. Jh. Von England ausgehend entwickelt sich eine neue Wohlstandsphilosophie, die menschliche Arbeit und Arbeitsteilung in den Mittelpunkt rückt. Das setzt einen funktionierenden Markt voraus. Durch wohlverstandenes Eigeninteresse stellt sich im freien Wettbewerb wie von unsichtbarer Hand gesteuert ein Gleichgewicht zwischen Produktion, Verbrauch, Lohn und Preis ein. **Adam Smith** gilt in diesem Sinne als Vater der Marktwirtschaft. Der Brite **David Ricardo** entwickelt das Konzept weiter und rückt Fragen der Einkommensverteilung in den Mittelpunkt.

Historische Entwicklungen

19. Und 20. Jahrhundert

19. Jh. Marxismus als Antwort auf den Manchesterliberalismus als Extremform des wirtschaftlichen Liberalismus. Trennung zwischen Produktion des Reichtums durch Proletariat und Eigentum an den Produktionsmitteln, das bei wenigen Kapitalisten liegt.

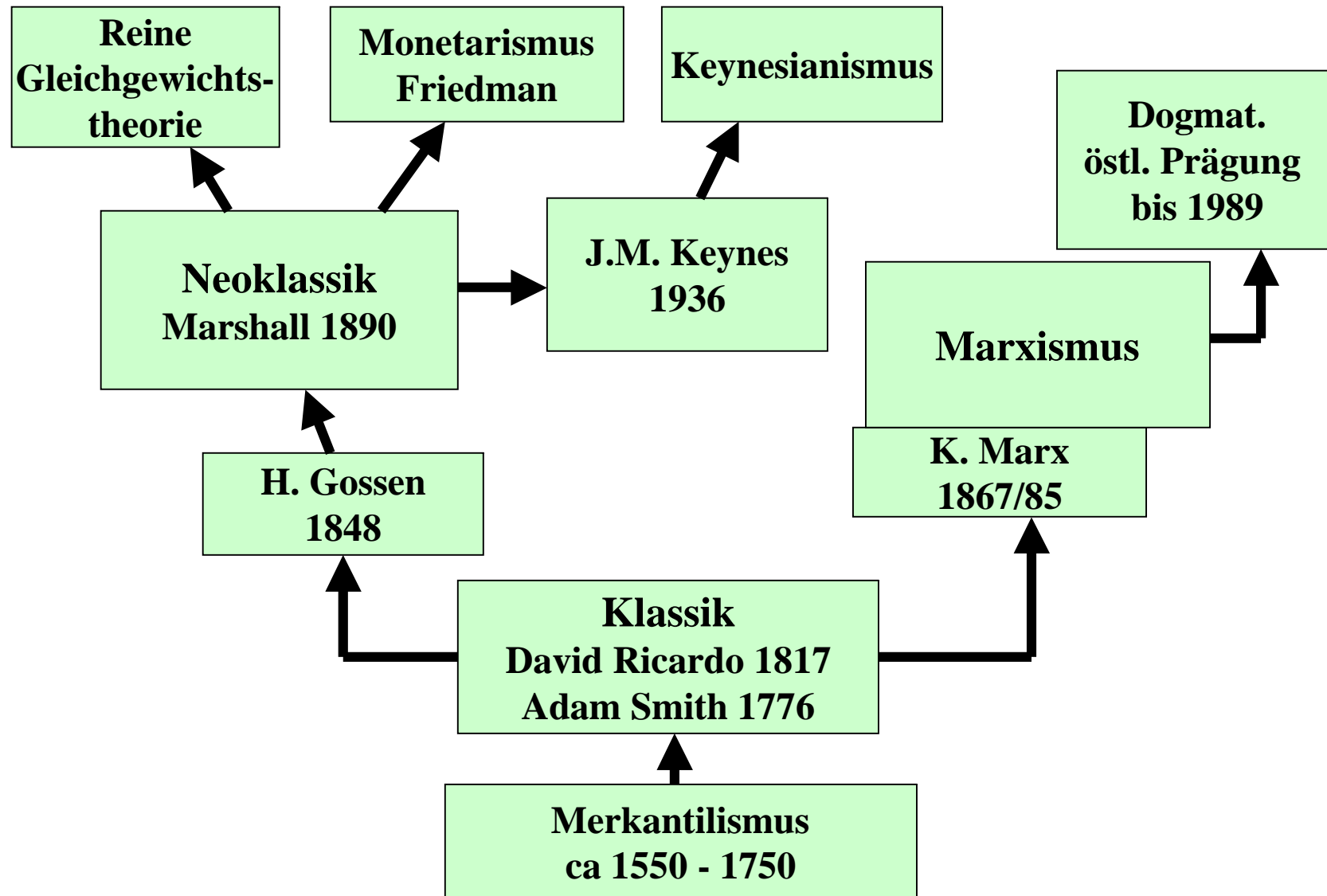
Karl Marx prognostiziert deshalb Enteignung der Kapitalisten durch Arbeiterklasse und damit Ablösung des Kapitalismus durch Sozialismus in klassenloser Gesellschaft.

20. Jh. Parallelexistenz von Sozialismus und Marktwirtschaft.

Während der Weltwirtschaftskrise Entwicklung des Neoliberalismus in der Freiburger Schule durch **Walter Eucken** als Vorbild für die Soziale Marktwirtschaft, ferner des Keynesianismus von **J.M. Keynes** und des Monetarismus durch **Milton Friedman**.

(S. hierzu die entsprechenden Kapitel)

Stammbaum der Volkswirtschaftslehre





1.2 Die Wirtschaftssubjekte und ihre Entscheidungsmuster



Abraham Lincoln 1865

„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.

Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die ihn bezahlen.

Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgeben, als ihr verdient.

Ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keinen Enthusiasmus wecken, wenn ihr dem einzelnen seine Initiative und seine Freiheit nehmt.

Ihr könnt Menschen nie auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun können.“

Zehn volkswirtschaftliche Regeln

Eine Zusammenfassung

Wie Menschen Entscheidungen treffen:

- 1. Alle Menschen stehen vor abzuwägenden Alternativen.**
- 2. Die Kosten eines Gutes bestehen aus dem, was man für den Erwerb eines Gutes aufgibt (Opportunitätskosten).**
- 3. Rational entscheidende Leute denken in Grenzbegriffen.**
- 4. Die Menschen reagieren auf Anreize.**

Wie Menschen zusammenwirken:

- 5. Durch Handel kann es jedem besser gehen.**
- 6. Märkte sind gewöhnlich gut für die Organisation des Wirtschaftslebens.**
- 7. Regierungen können manchmal die Marktergebnisse verbessern.**

Wie die Volkswirtschaft insgesamt funktioniert:

- 8. Der Lebensstandard eines Landes hängt von der Fähigkeit ab, Waren und Dienstleistungen herzustellen.**
- 9. Die Preise steigen, wenn zu viel Geld in Umlauf gesetzt wird.**
- 10. Die Gesellschaft hat kurzfristig zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu entscheiden.**

Der Begriff des Wirtschaftens

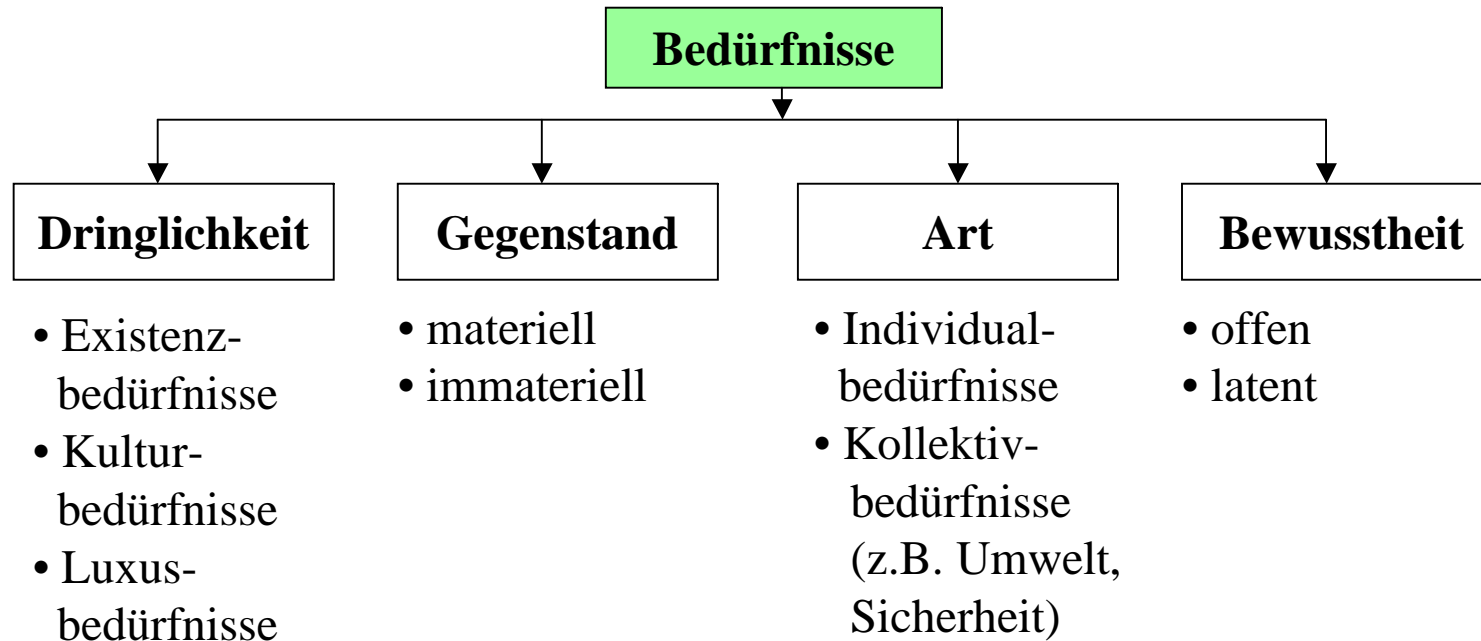
Ursache des Wirtschaftens sind die Wünsche der Menschen nach Gütern und deren Knappheit , die den unbegrenzten offenen und latenten Bedürfnissen entgegensteht.

Bedarf ist der Teil der Bedürfnisse, den der Mensch mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigen will und kann.

Nachfrage ist die konkretisierte , durch Kaufkraft gedeckte Anforderung von Gütern bei den Marktpartnern, die diese Güter bereithalten.

Bedürfnisse, Bedarf und Nachfrage

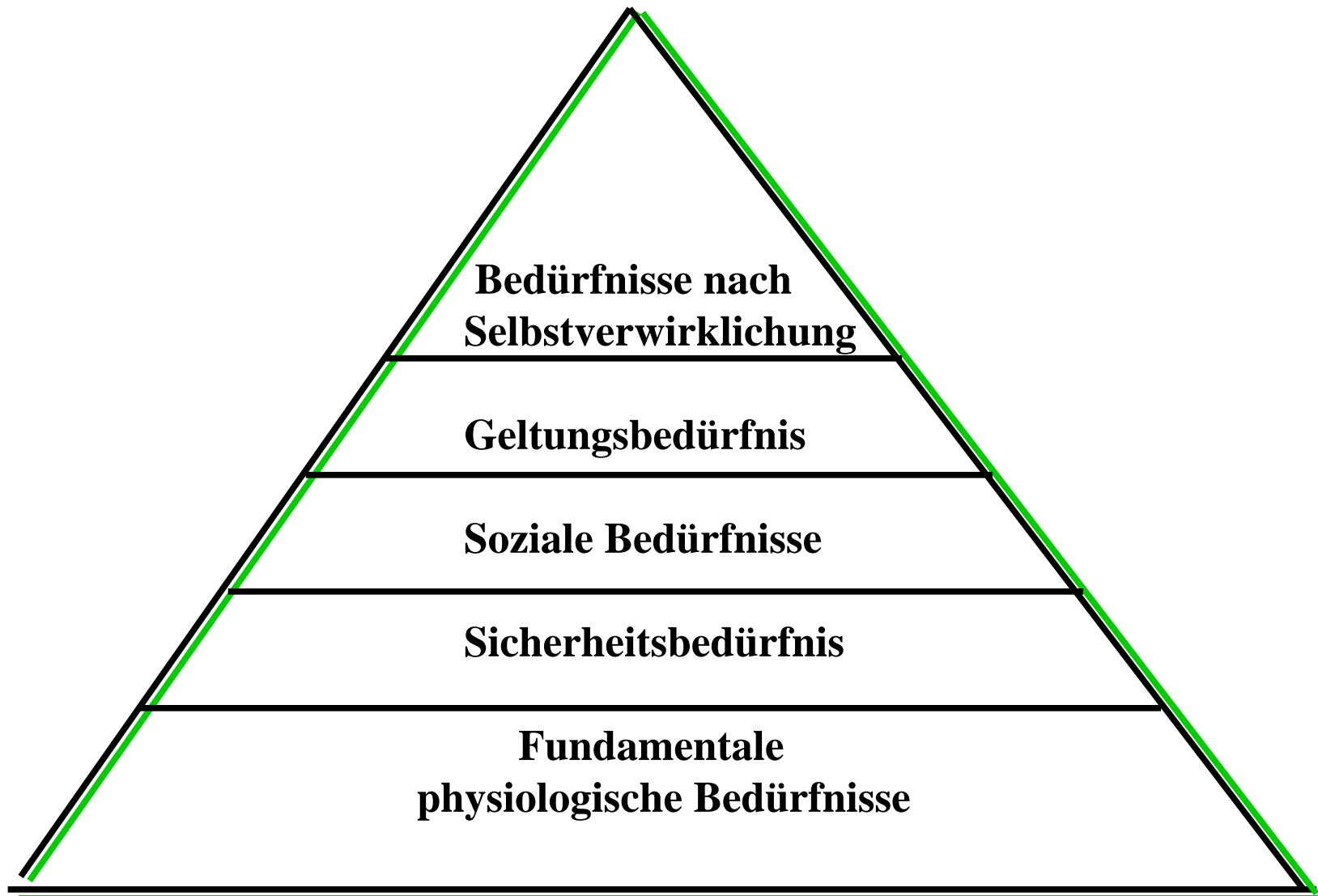
➤ Ein Bedürfnis ist ein Mangelempfinden, das beseitigt werden soll.



➤ Bedarf ist der Teil der Bedürfnisse, der durch die vorhandenen finanziellen Mittel befriedigt werden kann, Nachfrage der tatsächlich umgesetzte Bedarf.

➤ Bedürfnisse werden durch Güter bzw. Dienstleistungen befriedigt.

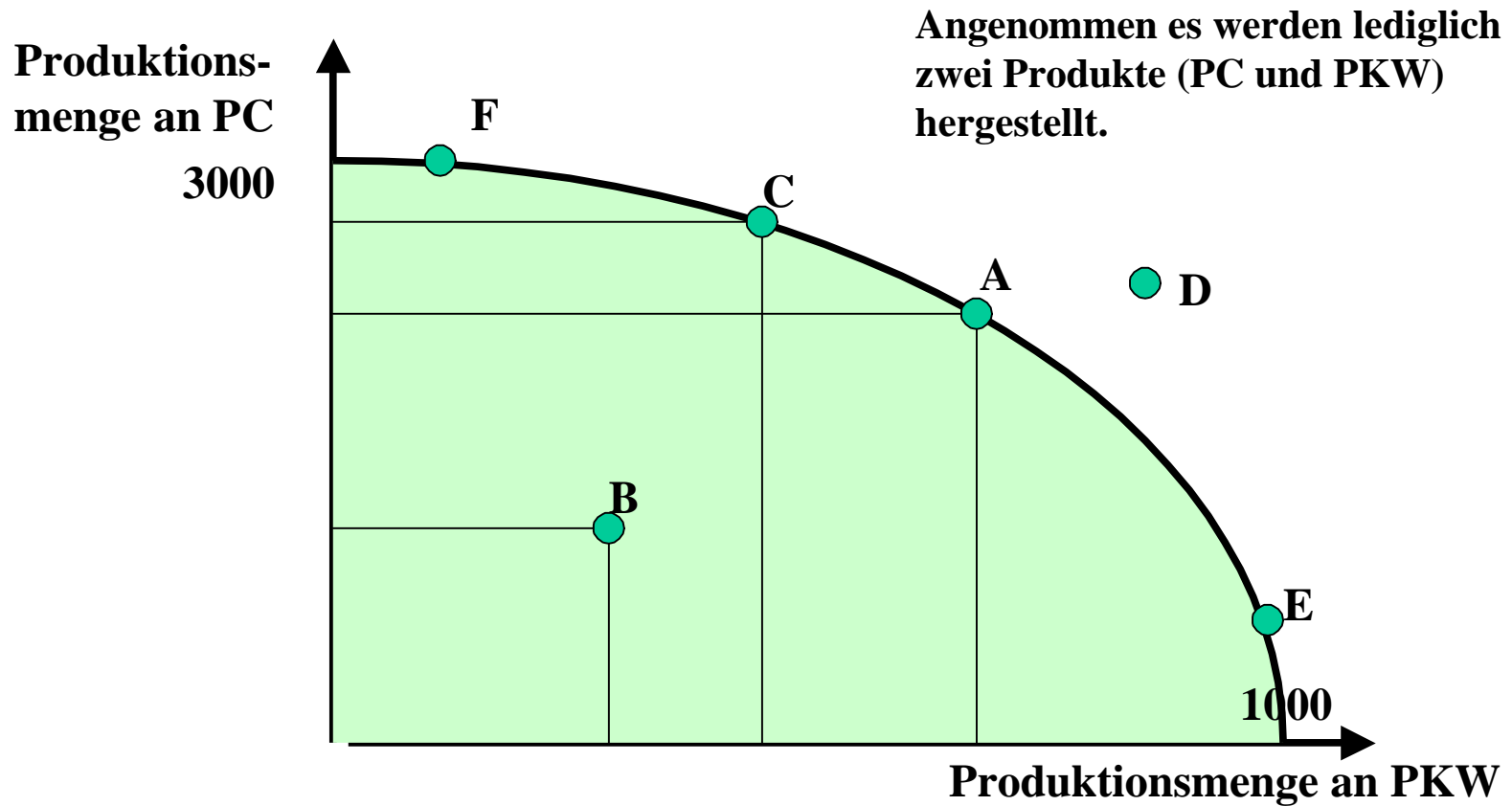
Bedürfnispyramide nach Maslow



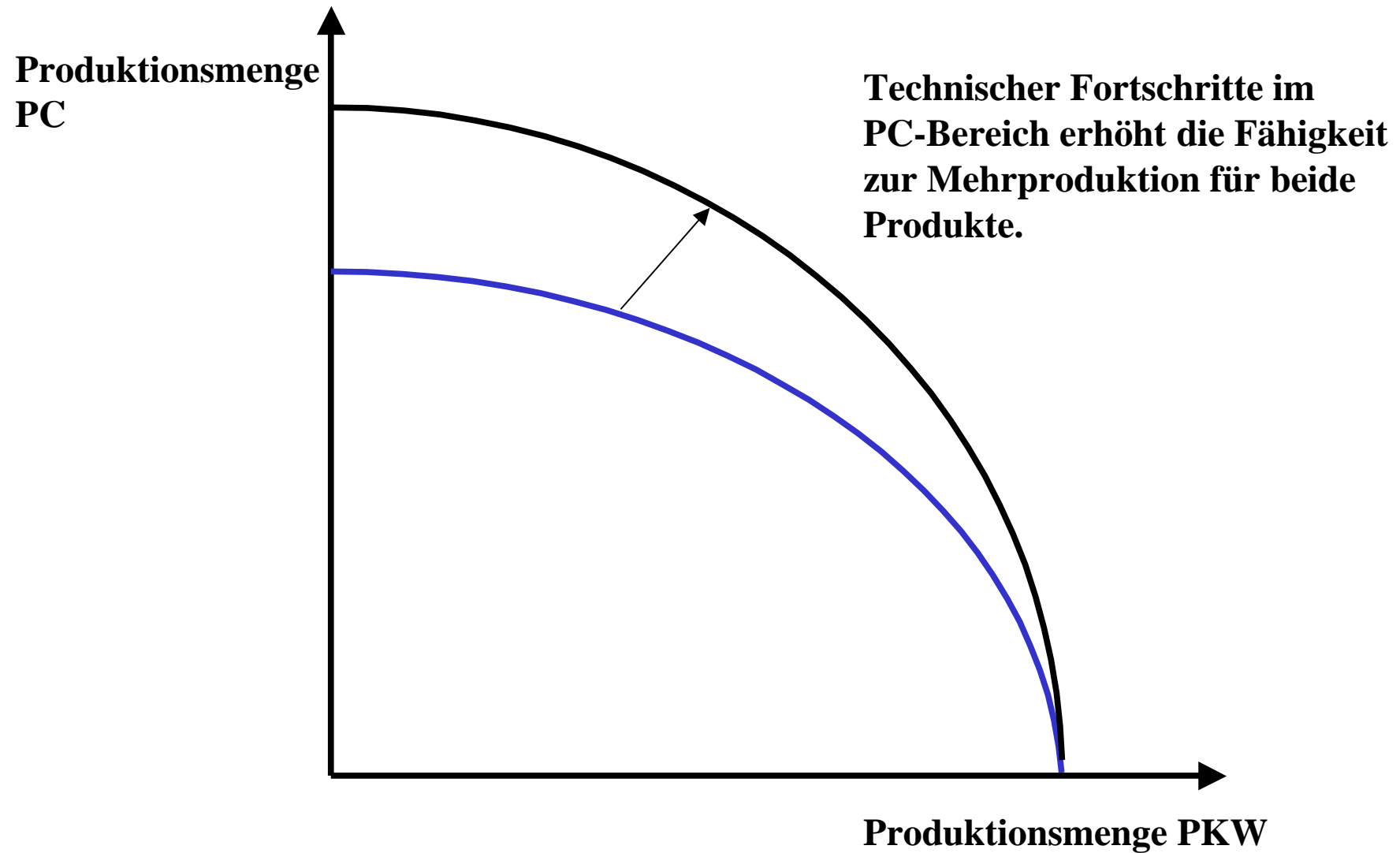
Die Produktionsmöglichkeiten

Der Wohlstand einer Volkswirtschaft hängt ab:

- von den Produktionsmöglichkeiten
- von ihrer effizienten Ausschöpfung
- von den Opportunitätskosten



Produktionsmöglichkeiten bei technischem Fortschritt





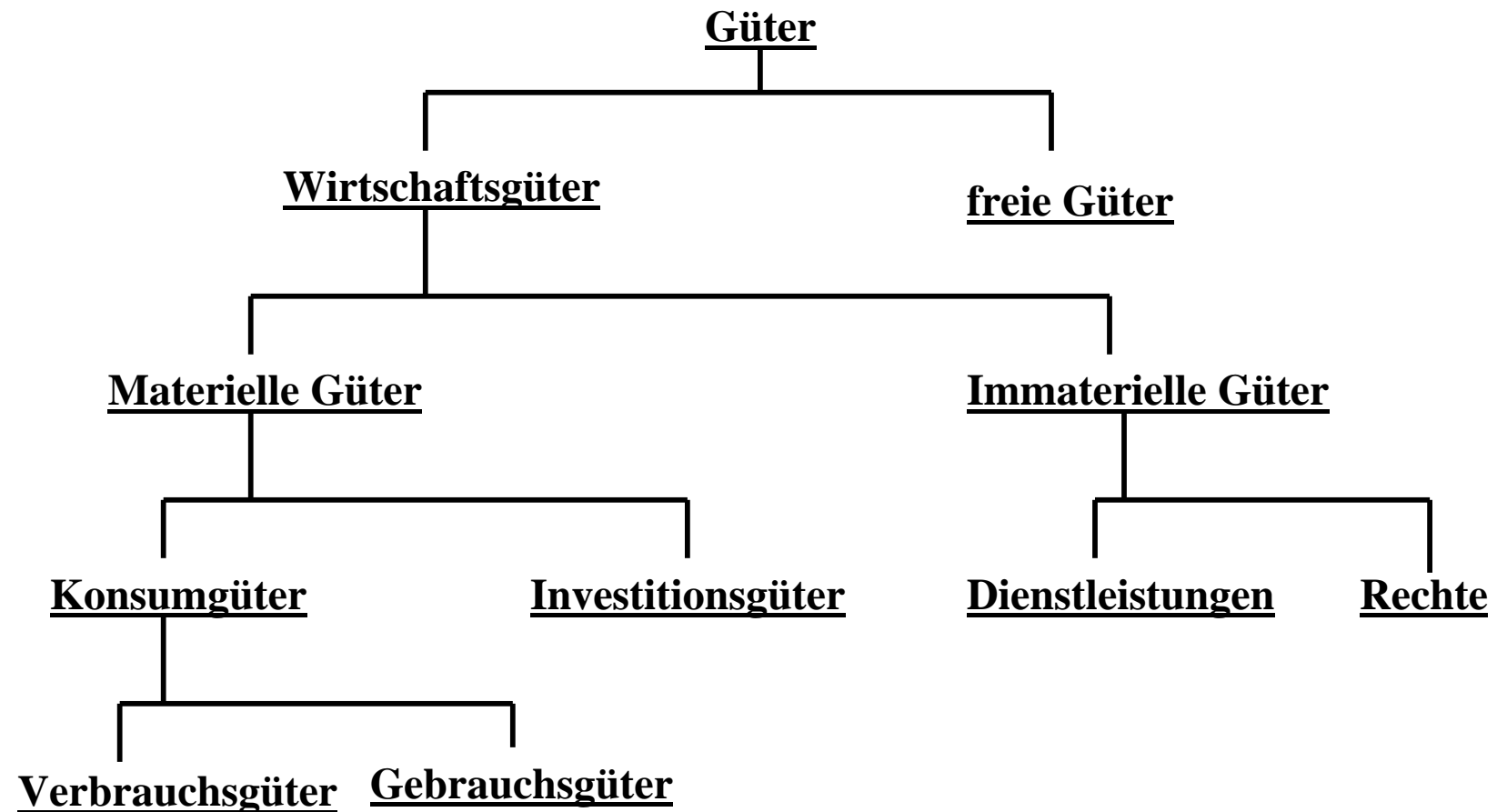
1.3 Systematik der Güter- und Leistungsmärkte

Die Gliederung nach Wirtschaftssectoren

Die Wirtschaftswissenschaften gliedern die Wirtschaft u.a. in der statistischen Erfassung in

- **Primärer Sektor**
Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei
- **Sekundärer Sektor**
Produzierendes Gewerbe
Industrie,
Handwerk,
Energiewirtschaft
Baugewerbe
- **Tertiärer Sektor**
Dienstleistung
Handel, Verkehr, Logistik
Tourismus, Hotel- und Gaststättengewerbe
Nachrichtenübermittlung
Kreditinstitute, Versicherungen
freie Berufe

Gliederung der Gütermärkte





2. Mikroökonomische Grundlagen



2.1 Produktionsfunktion, Produktivität und ökonomisches Prinzip

Die Gebiete der VWL

Mikroökonomie

befasst sich mit dem Verhalten
der einzelnen Wirtschaftssubjekte

Haushalte
Unternehmen



(Schnittstellen zur BWL)

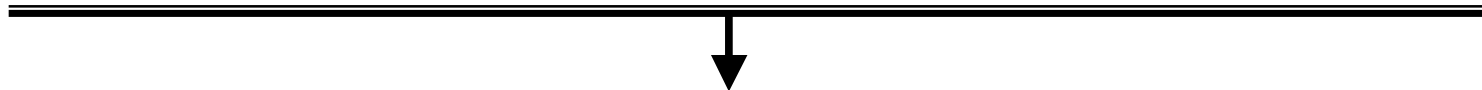
Makroökonomie

befasst sich mit der Gesamtheit
wirtschaftlicher Gruppen

alle Haushalte
alle Unternehmen
Staat



Gütermarkt
Geldmarkt



Wirtschaftspolitik
Fiskalpolitik

Wirtschaften

= Umgang mit knappen Gütern bei (tendenziell) unbegrenzten Bedürfnissen

unter den jeweiligen Zielsetzungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte

= Nutzenmaximierung für die Haushalte

= Gewinnmaximierung für die Unternehmen

= Maximierung sozialer, ökologischer u.a. Nutzen für den Staat

durch Kombination der Produktionsfaktoren (Unternehmenssektor)

Arbeit

Kapital

Boden

nach dem ökonomischen (Minimal- oder Maximal-) Prinzip

Die Produktions- und die Kostenfunktion

Die Produktionsfunktion stellt den Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Produktionsfaktoren (input) und der Produktionsmenge (output) her.

Als Produktionsfaktoren gelten in der Volkswirtschaft (abweichend zur BWL):

Arbeit

Boden

Kapital

Es gilt also:

output = f (input)

bzw.

input = f (output)

z.B. bei vom Markt

vorgegebener Absatzmenge

Die Kostenfunktion bewertet die Produktionsfunktion mit den Faktorkosten, d.h. z.B.

Arbeitsstunden x Lohnsätze

Boden x Miet- oder Pachtzins

Kapital x Zinssatz

Ökonomisches Prinzip (Wirtschaftlichkeitsprinzip)

Produktivität = $\frac{\text{output (z.B. Produktionsmenge)}}{\text{input (z.B. Arbeitsstunden)}}$

Wirtschaftlichkeit = $\frac{\text{output x Marktpreisen}}{\text{input x Faktorkosten}}$

Das ökonomische Prinzip

Maximalprinzip

Mit gegebenem Mitteleinsatz (input) ist ein maximales Ergebnis (output) zu erzielen.

Minimalprinzip

Ein vorgegebenes Ergebnis ist mit minimalem Mitteleinsatz zu erzielen.

Das Verhalten der Nachfrager

Endlose Bedürfnisse

werden geordnet nach

Präferenzstruktur

und befriedigt nach

Einkommen

und Neigung zum

Sparen bzw. Entsparen

mit dem Ziel der

Nutzenmaximierung

nach dem Gesetz* vom

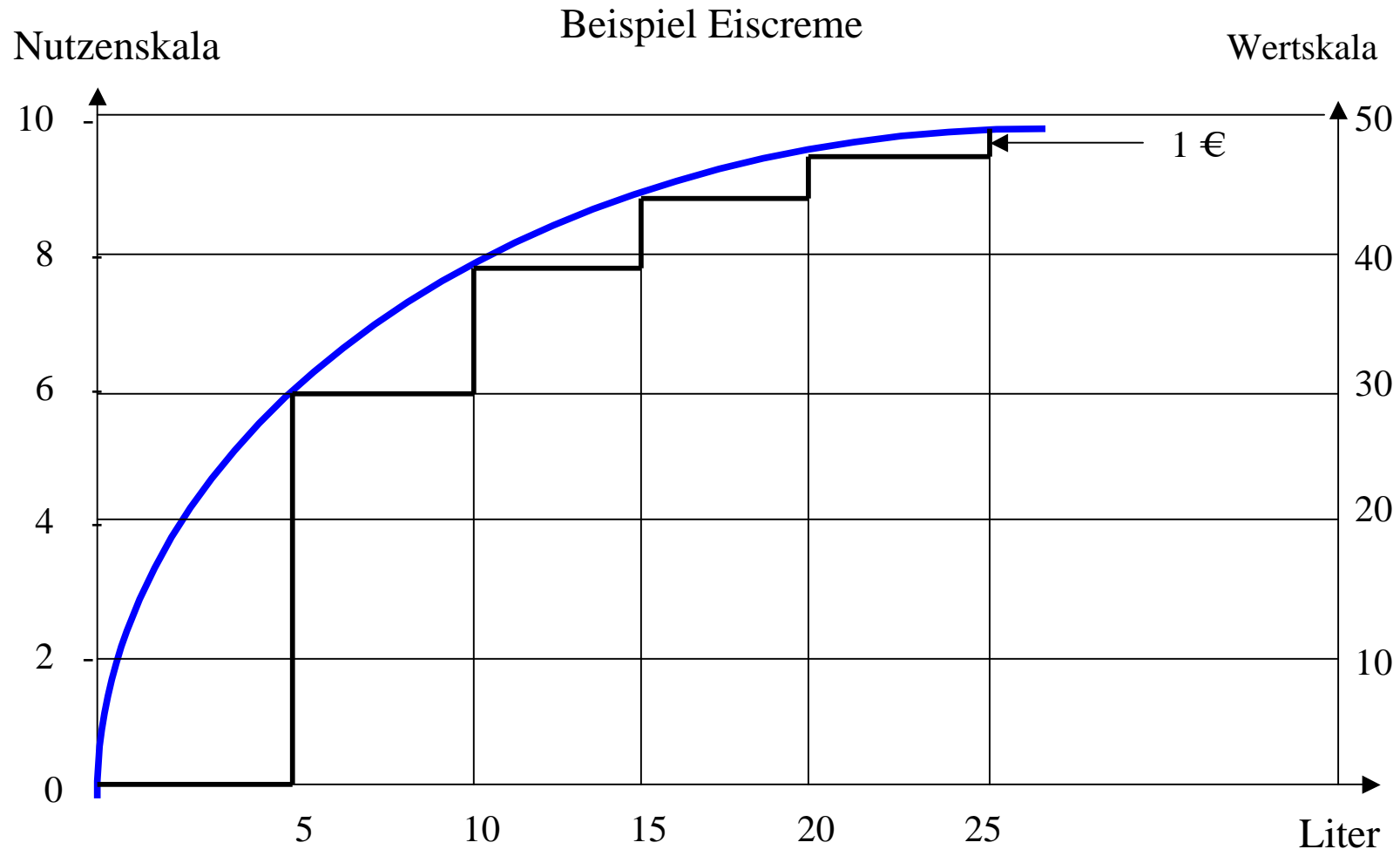
abnehmenden Grenznutzen

**Regulativ ist die
Preisvorstellung**

Optimum: Grenznutzen = Preis

*Gossen'sches Gesetz

Grenznutzenkurve



Durchschnittspreis: $50 \text{ €} / 25 \text{ l} = 2 \text{ €/l}$

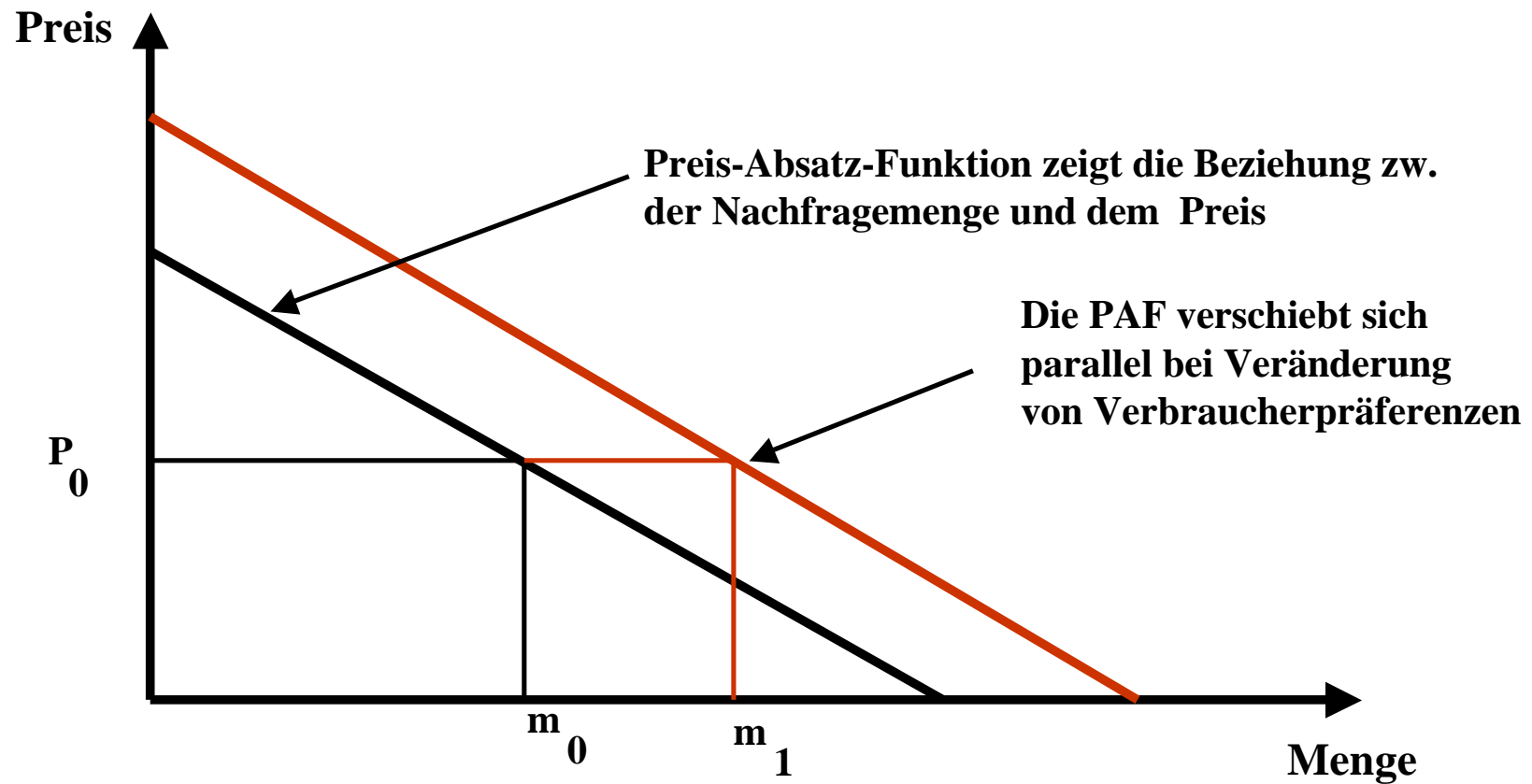
Preisbereitschaft für zusätzliche 5 Liter 1 €



2.2 Nachfragefunktionen auf vollkommenem und unvollkommenem Markt

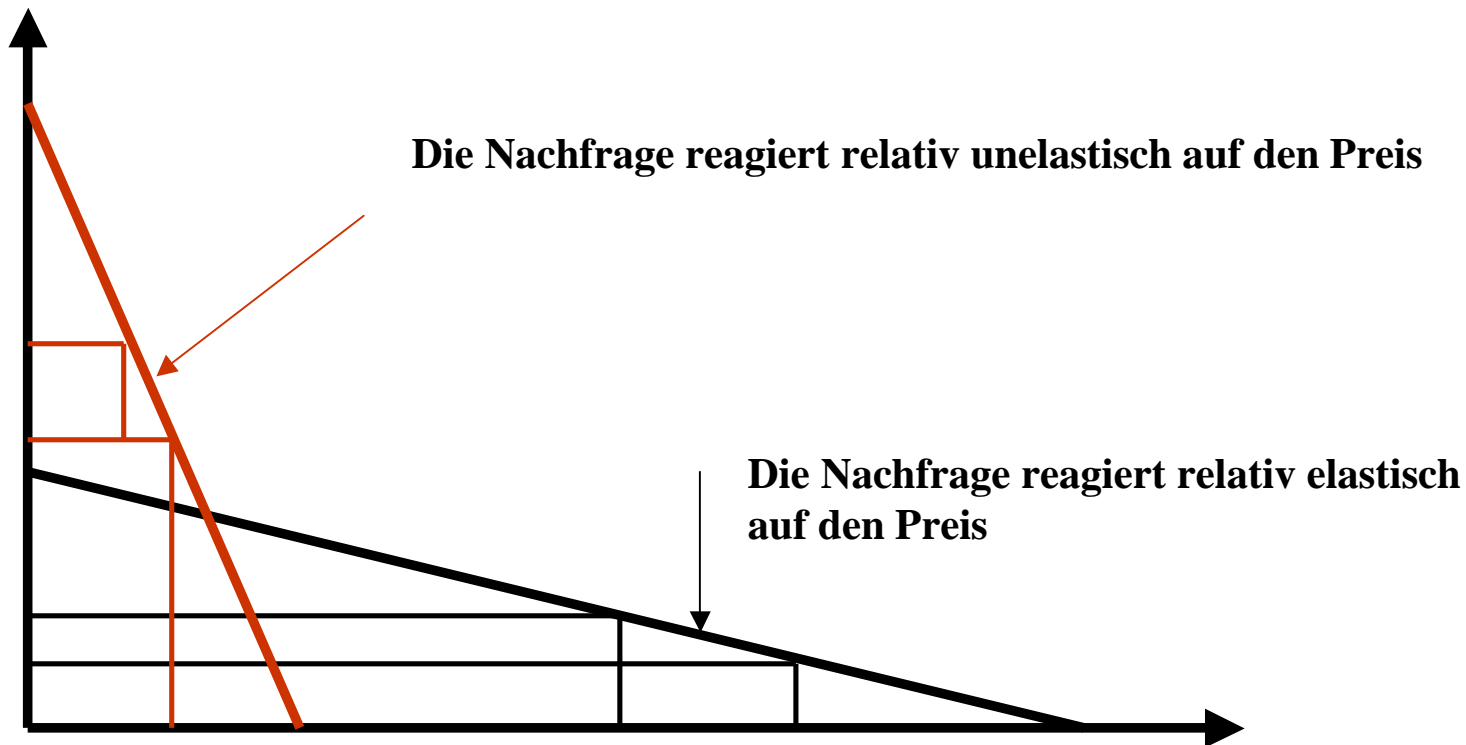
Die Nachfrageseite

Die Nachfragemenge kann abhängig sein vom Preis
bzw. von der Präferenz für ein bestimmtes Gut



Die Elastizität der Nachfrage in Bezug auf den Preis

(Preiselastizität E)



$$E = \frac{\text{Relative Mengenänderung}}{\text{Relative Preisänderung}}$$

Siehe hierzu Skript Marketing

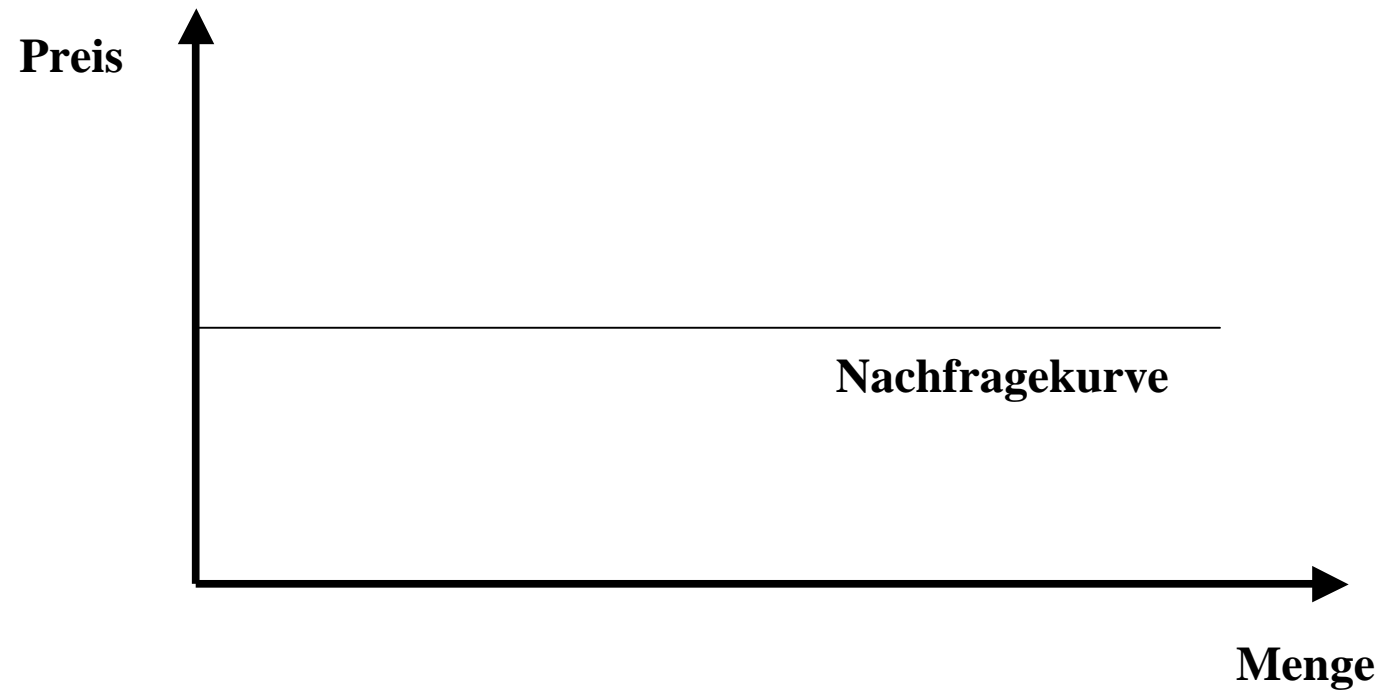
Die Bedingungen des vollkommenen Marktes

= theoretisches Konzept zur Erklärung von Angebots- und Nachfrageverhalten unter Annahme maximaler Wettbewerbsintensität:

Bedingungen:

- 1. Alle Marktteilnehmer handeln nach dem Maximumprinzip, d.h. alle Anbieter streben nach dem Gewinnmaximum und alle Nachfrager nach dem Nutzenmaximum.**
- 2. Es herrscht vollständige Markttransparenz, d.h. alle Anbieter und Nachfrager sind stets vollkommen informiert.**
- 3. Es gilt die Homogenitätsbedingung, d.h. es gibt keine persönlichen, aber auch keine räumlichen und zeitlichen Präferenzen.**
- 4. Anbieter und Nachfrager reagieren unendlich schnell auf Preisänderungen oder andere Verschiebungen der Marktbedingungen.**

Nachfragekurve bei vollständiger Konkurrenz



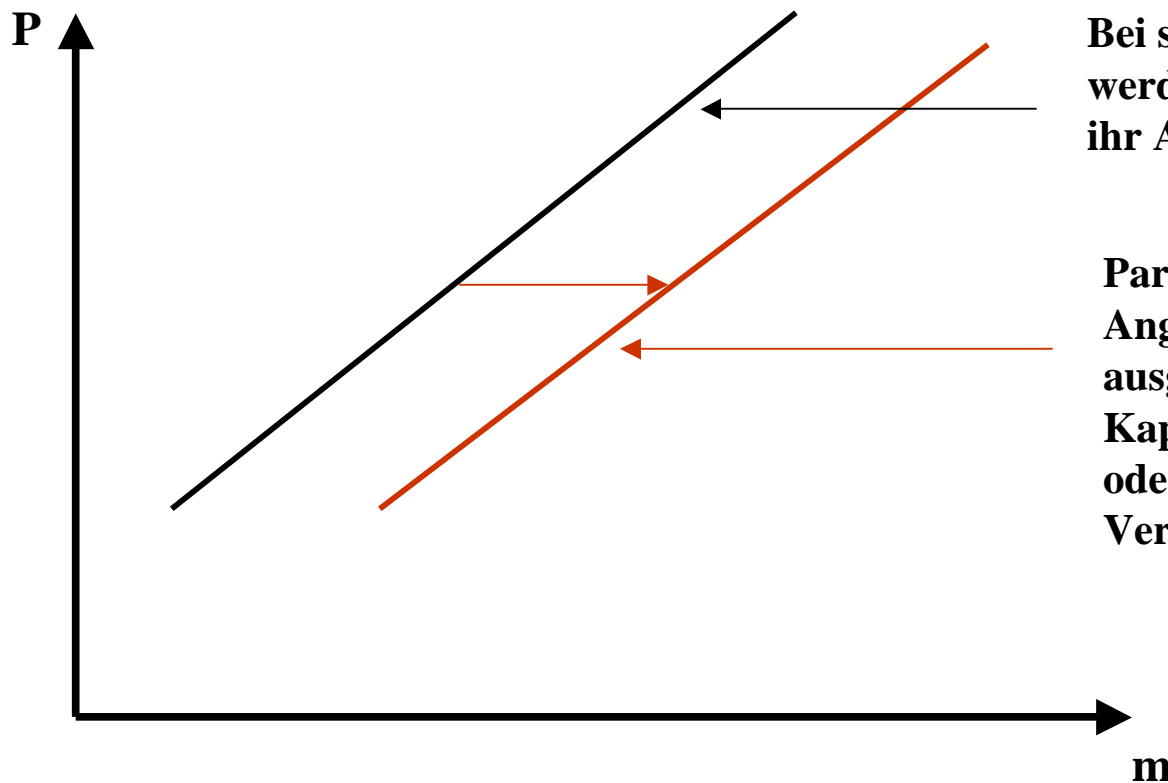
Anbieter verhalten sich als Mengenanpasser. Autonome Preisgestaltung ist nicht möglich.



2.3 Angebotsfunktionen

Die Angebotsseite

Prämisse: Rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte mit Gewinnmaximierungsziel der Unternehmen bzw. Nutzenmaximierungsziel der Haushalte.



Bei steigenden Preisen werden die Unternehmen ihr Angebot vergrößern.

Parallelverschiebung der Angebotskurve kann z.B. ausgelöst sein durch Kapazitätserweiterung oder Produktivitätsverbesserung.



2.4 Elastizitäten der Nachfrage und des Angebots in Bezug auf den Preis

Elastizitäten der Nachfrage

Elastizität = $\frac{\text{Relative Veränderung der Wirkung}}{\text{Relative Veränderung der Ursache}}$

Preiselastizität: = $\frac{\text{Relative Änderung der Nachfragemenge}}{\text{Relative Änderung des Preise}}$

Kreuzpreiselastizität = $\frac{\text{Relative Änderung der Nachfrage nach Gut B}}{\text{Relative Änderung des Preises für Gut A}}$

Substitutive Güter: E = positiv

Komplementäre Güter: E = negativ

Einkommenselastizität = $\frac{\text{Relative Änderung der Nachfrage}}{\text{Relative Änderung des Einkommens}}$

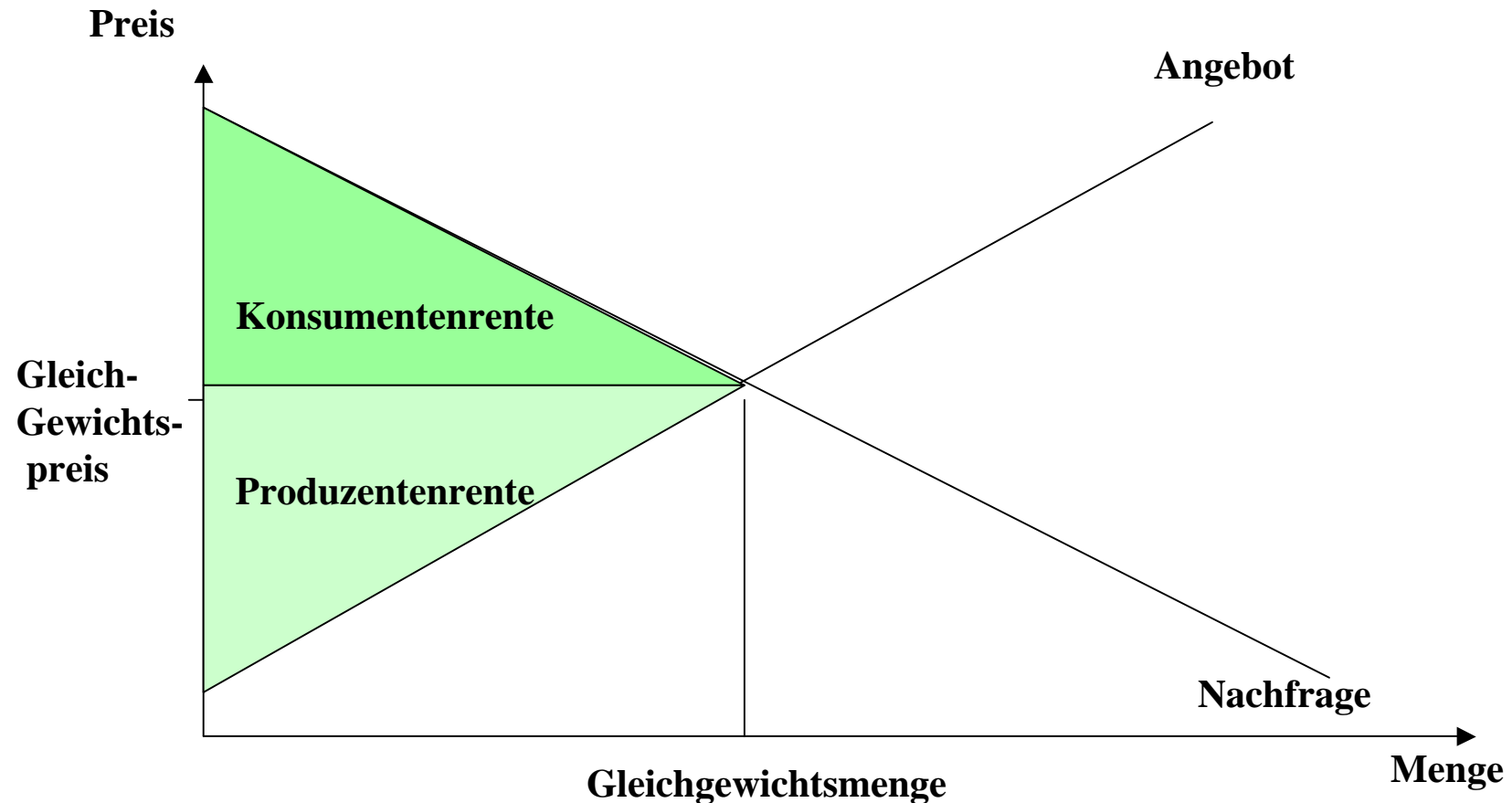
Superiore Güter: E = positiv

Inferiore Güter: E = negativ



2.5 Markeffizienz: Produzenten- und Konsumentenrente

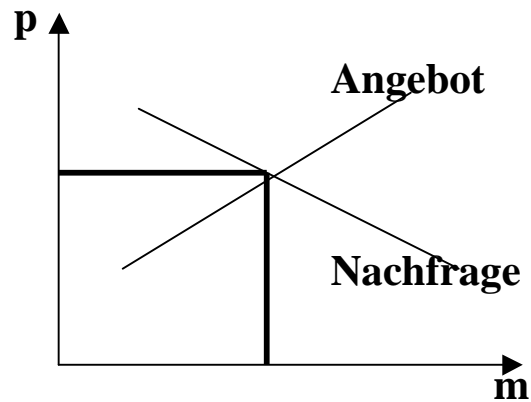
Konsumentenrente, Produzentenrente und Markteffizienz



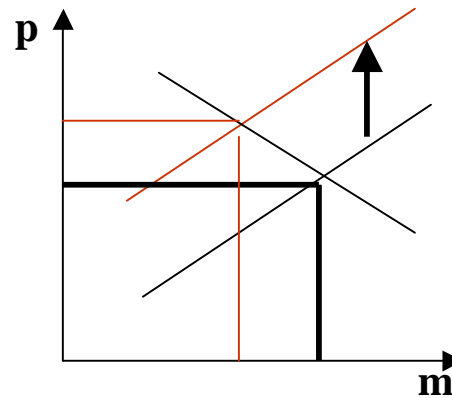
Freie Märkte (Mit Gleichgewichtspreis) führen zur Produktion jener Gütermenge, die zum Maximum der Gesamtrente der Konsumenten und Produzenten führt. (Maximale Markteffizienz)

Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage

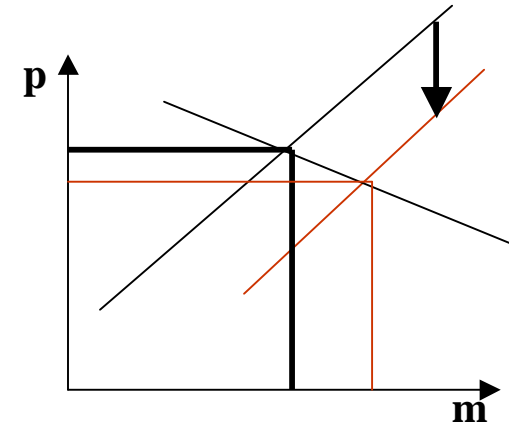
Marktwirtschaftliche Preisbildung



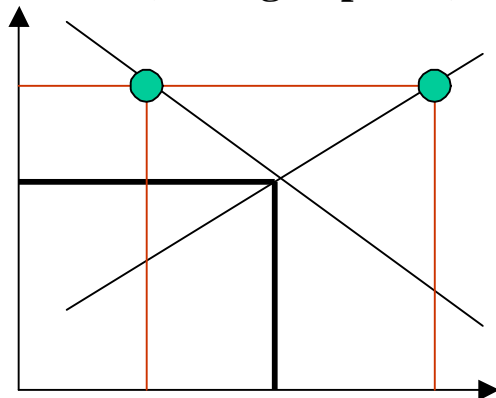
Erhöhung von Faktorkosten



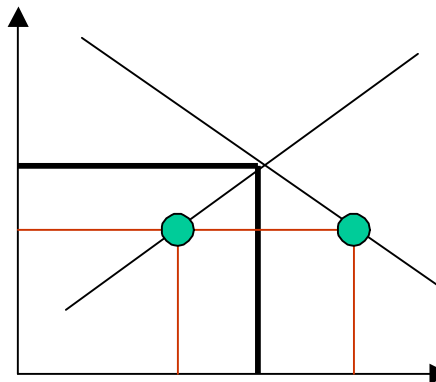
Technologischer Fortschritt



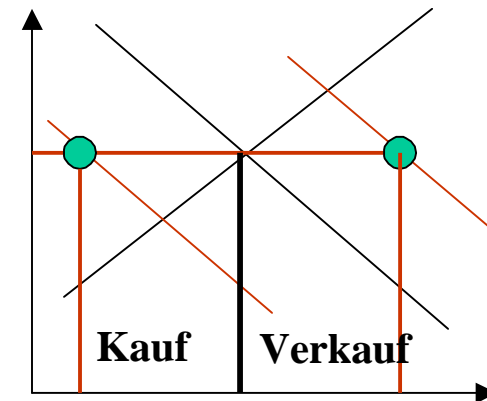
Staatl. festgelegte Mindestpreise (EU-Agrarpreise)



Staatl. festgelegte Höchstpreise



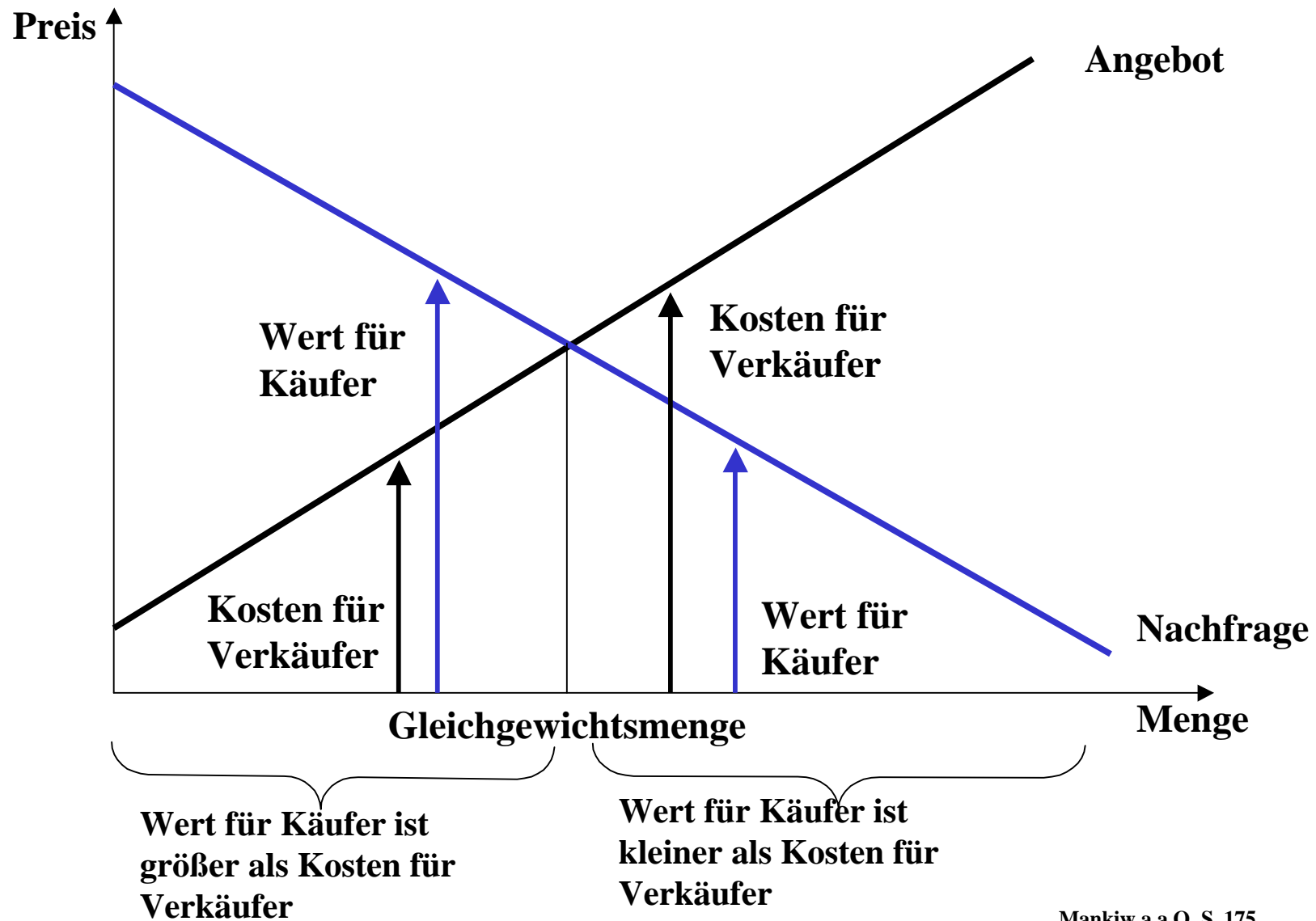
Festpreise (Wechselkurse)



Marktgleichgewicht und Marktergebnisse **auf freien Märkten***

- 1. Freie Märkte teilen das Güterangebot jenen Käufern zu, die es – gemessen an der Zahlungsbereitschaft – am höchsten schätzen und bewerten.**
- 2. Freie Märkte teilen die Güternachfrage jenen Verkäufern zu, die zur Produktion mit den geringsten Kosten in der Lage sind. Das heißt auch, dass die im Marktgleichgewicht produzierte und verkaufte Menge durch Umverteilung unter Anbietern und Nachfragern nicht so verändert werden kann, dass die Wohlfahrt größer würde.**
- 3. Freie Märkte führen zur Produktion jener Gütermenge, die zum Maximum der Gesamtrente der Konsumenten und Produzenten führt.**

Effizienz der Gleichgewichtsmenge

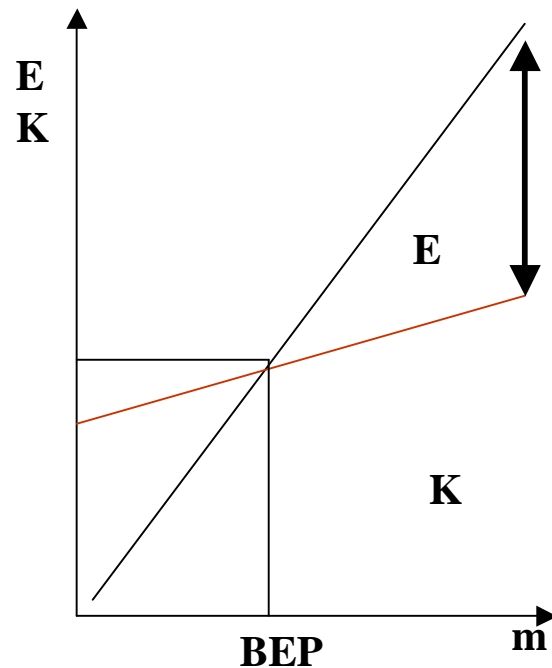




2.6 Gewinnmaximierung für verschiedene Umsatz- und Kostenfunktionen

Die Gewinnermittlung

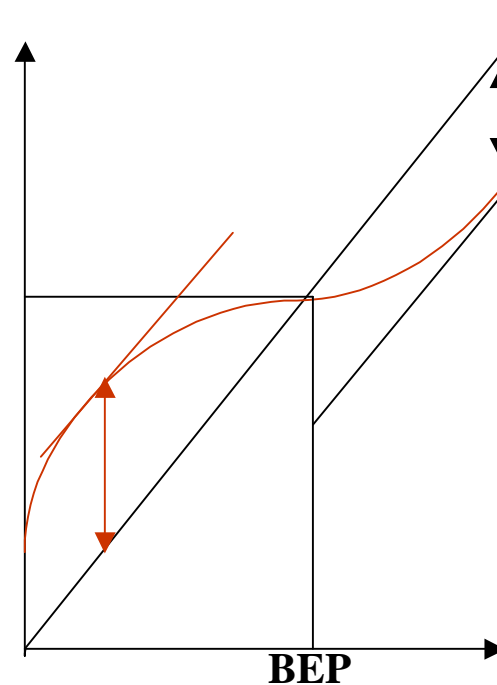
Preise = konstant
Var. Stückkosten
= konstant



Gew.max an der
Kapazitätsgrenze

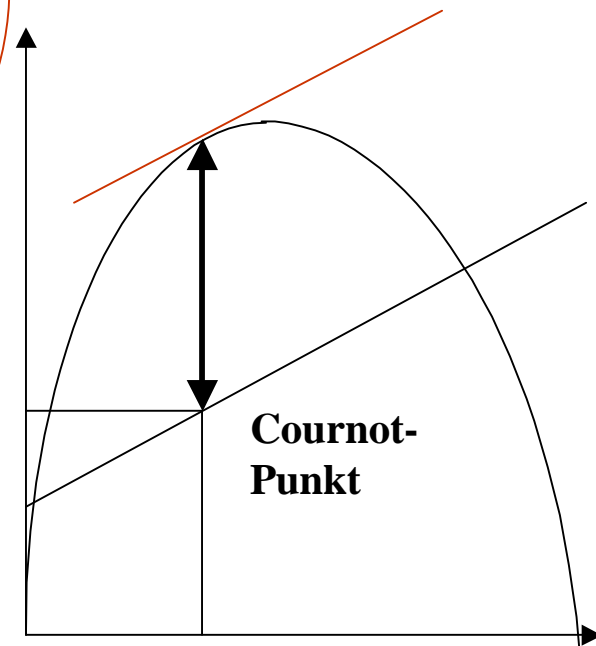
BEP = break even point
= Gewinnschwelle

Preise = konstant
Ertragsgesetzlicher
Stückkostenverlauf



Gew.max (Verlustmax)
bei gleicher Steigung
von Erlös- und
Kostenkurve

Preisabsatzfunktion
Var. Stückkosten = konst.



Gew.max bei gleicher
Steigung von Erlös- und
Kostenkurve (Monopol-
bedingung, da autonome
Mengenfestlegung)

FB Gewinnmaximierung

Gegeben sind die Preis-Absatz-Funktion: $p = -0,5 x + 8$
die Kostenfunktion $K = 0,75 x + 3$

Zu bestimmen sind die gewinnmaximale Menge und der gewinnmaximale Preis,
Sowie der maximale Gewinn!

Gewinnmaximum: $U' = K'$

$$U = -0,5x^2 + 8x$$

$$U' = 2(-0,5x) + 8$$

$$U' = -x + 8$$

$$K' = 0,75$$

$$U' = K' \quad -x + 8 = 0,75$$

$$x = 7,25 \text{ gewinnmax. Menge}$$

$$P = -0,5 * 7,25 + 8$$

$$p = -3,625 + 8$$

$$p = 4,375 \text{ gewinnmax. Preis}$$

Max. Gewinn: $U = p * x$

$$U = 4,375 * 7,25$$

$$U = 31,72$$

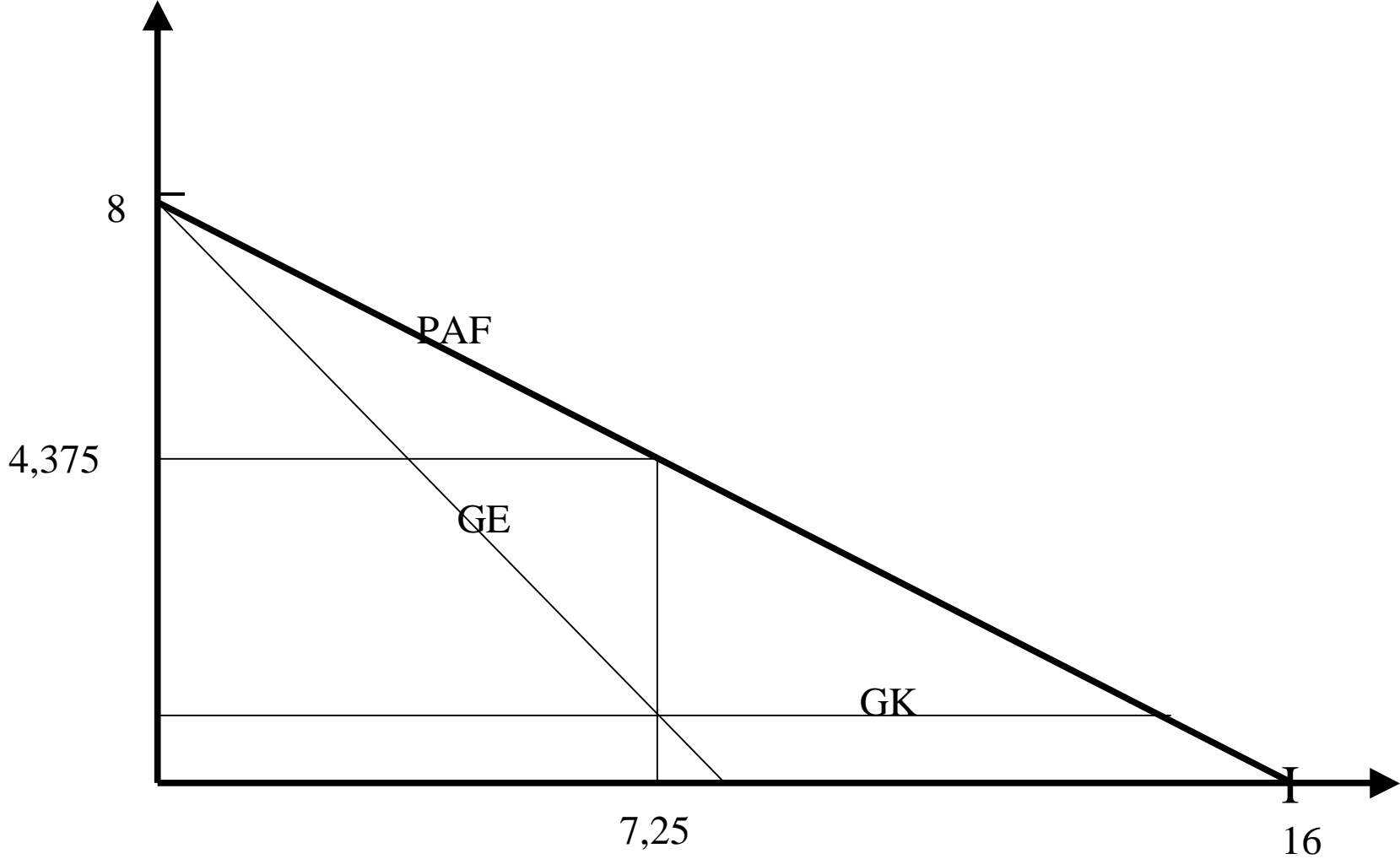
$$K = 0,75 * 7,25 + 3$$

$$K = 5,4275 + 3$$

$$K = 8,43$$

$$U - K = 23,29 = G_{\max}$$

Zum FB Gewinnmaximierung



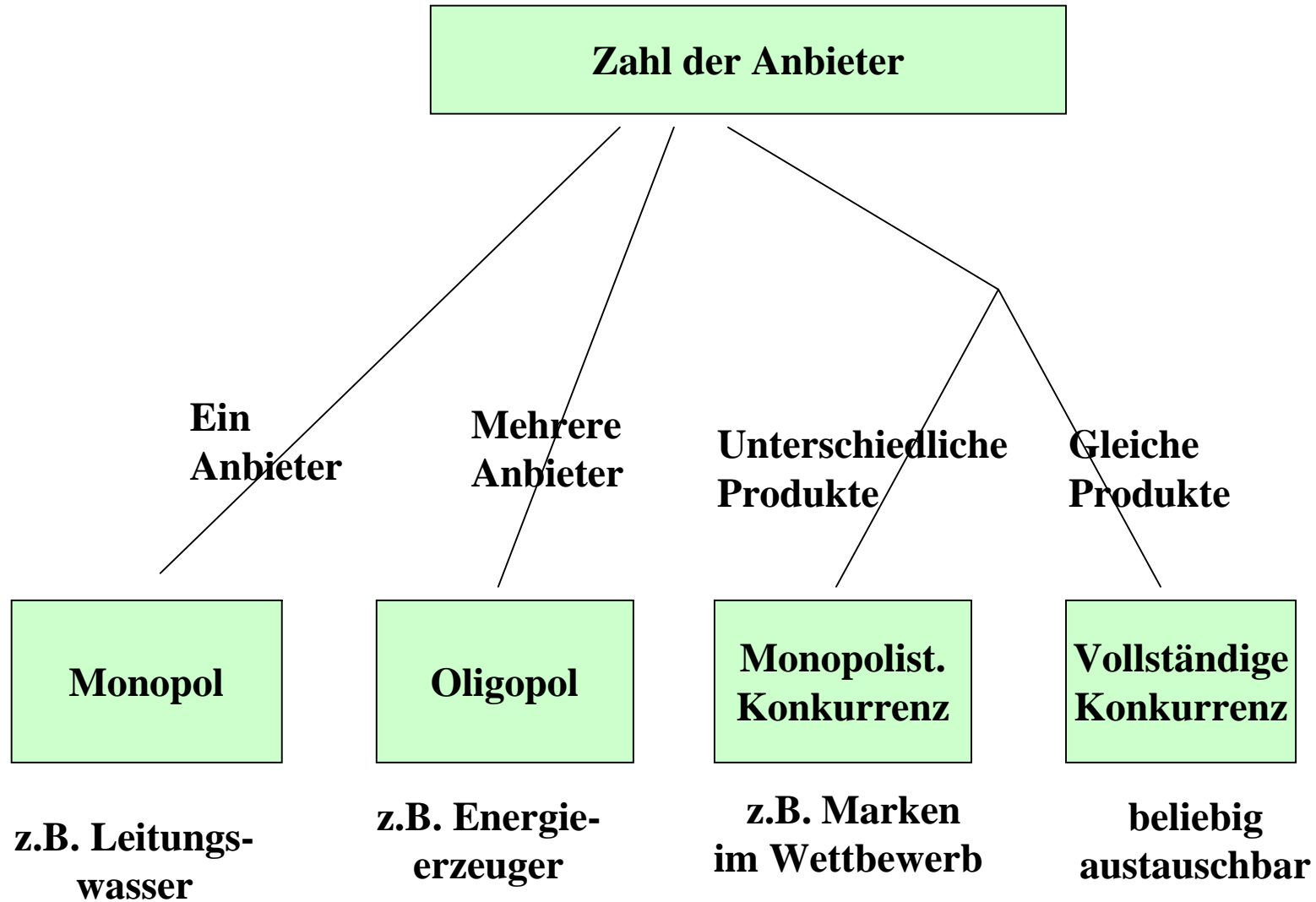


3. Die Marktformen und ihre Bedeutung für die Preisbildung

Marktformen

Anbieter Nachfrager	viele Kleine	wenige Große	ein sehr Großer
viele Kleine	vollkommene Konkurrenz	Angebots-oligopol	Angebotsmonopol
wenige Große	Nachfrage-oligopol	Bilaterales Oligopol	Beschränktes Angebotsmonopol
ein sehr Großer	Nachfrage-monopol	Beschränktes Nachfrage-monopol	Bilaterales Monopol

Typische Anbieterstrukturen





4. Makroökonomische Grundlagen

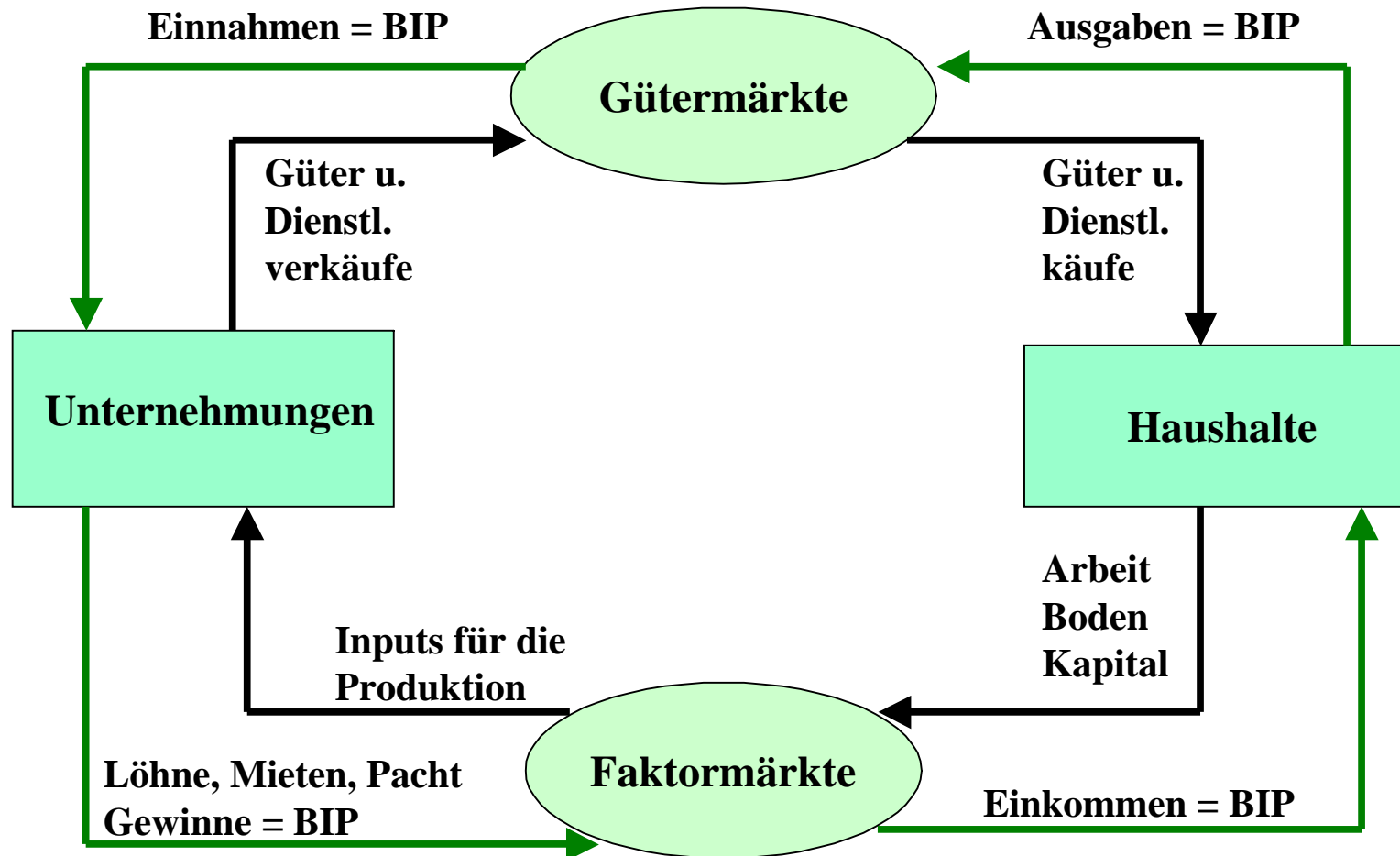


4.1 Der Wirtschaftskreislauf

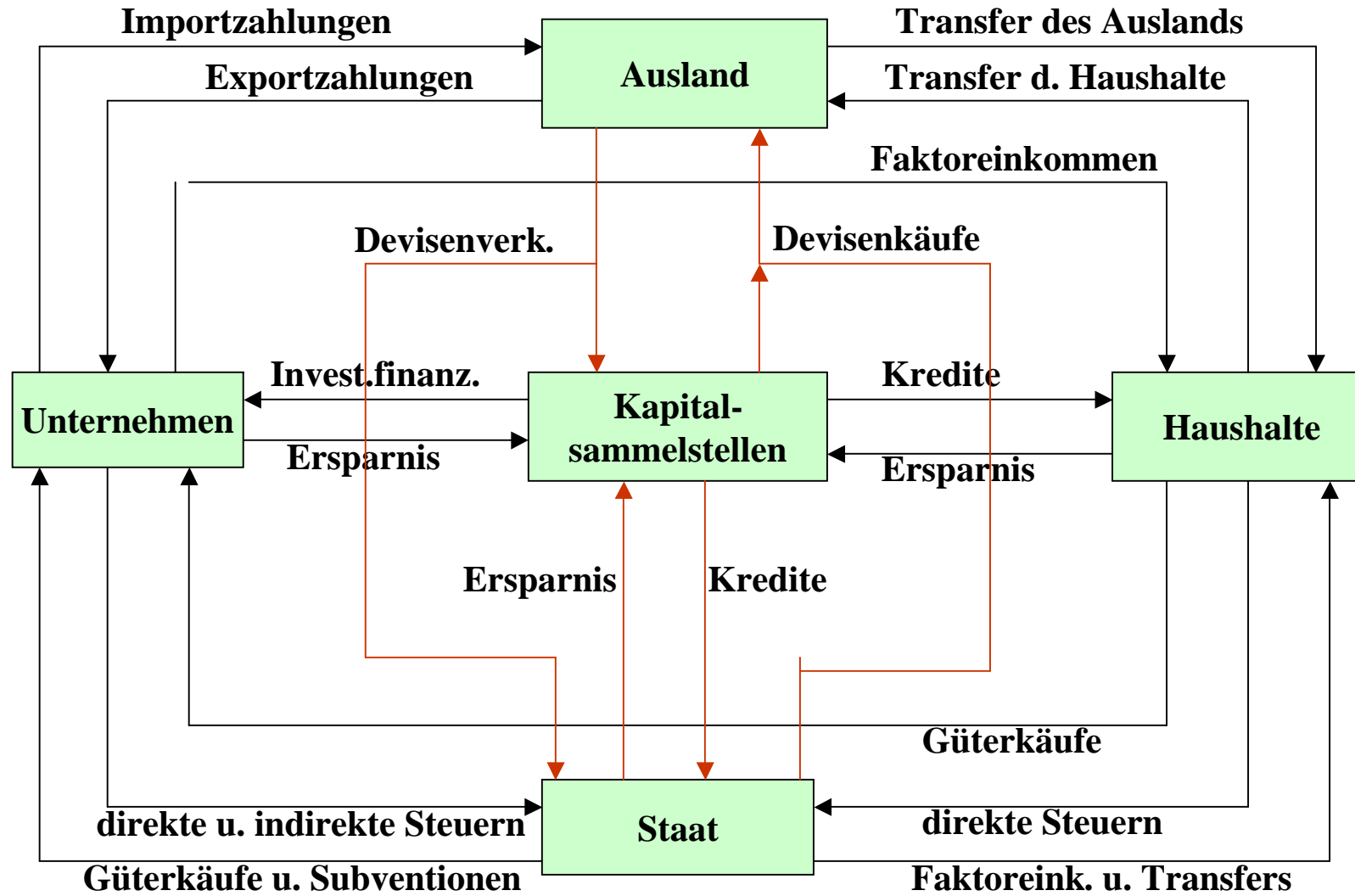
Einkommen und Ausgaben einer Volkswirtschaft

— Geldströme

— Waren- und Dienstleistungsströme



Der Wirtschaftskreislauf



Realströme wertgleich Geldströme. Pfeilrichtungen zeigen Geldströme.



4.2 Das Bruttoinlandsprodukt

Definition, Messung

Wachstum und Konjunktur

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Marktwert aller für den Endverbrauch bestimmten Waren und Dienstleistungen, die in einem Land in einem bestimmten Zeitabschnitt hergestellt werden.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Ziel: Ermittlung der Gesamtwirtschaftsleistung

Entstehungsrechnung	Verwendungsrechnung	Verteilungsrechnung
<p>Bruttoproduktionswert (Su. aller Leistungen) abzüglich aller Vorleistungen (Eigenverbrauch der Volkswirtschaft) ergibt Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen zuzüglich Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben ergibt das</p>	<p>Privater Konsum zuzüglich Investitionen zuzüglich Staatsverbrauch zuzüglich Exporte abzüglich Importe</p> <p>ergibt</p>	<p>Löhne zuzüglich Gewinne zuzüglich Abschreibungen</p> <p>ergibt</p>
Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt	Bruttonationaleinkommen

Nationales Produktionskonto

Einnahmenseite

Abschreibungen

**Indirekte Steuern
- Subventionen**

**Inlandseinkommen
(= Summe der inländischen
Wertschöpfungen)**

BIP zu Marktpreisen

Ausgabenseite

**Privater Konsum aus
inländischer Produktion**

**Bruttoinvestitionen aus
inländischer Produktion**
selbsterstellte Anlagen
Einkäufe der Unternehmen
Einkäufe des Staates

Staatskonsum

Exporte (ohne Faktorleistungen)
**- Importe (Vorleistungskäufe im
Ausland)**

BIP zu Marktpreisen

Gesamtwirtschaftliche Berechnungen

Produktionswert

(Gesamtsumme der Verkäufe zu
Marktpreisen, ohne Umsatzsteuer)

- Käufe bei anderen Unternehmen
(Vorleistungen)

= **Bruttowertschöpfung**

- Bankdienstleistungen

= **Bereinigte Bruttowertschöpfung**

+ Umsatzsteuer

+ Einfuhrabgaben

= **Bruttoinlandsprodukt**

+ Auslandseinkommen von Inländern

- an das Ausland gezahlte Einkommen

= **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**

- Abschreibungen

= **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**

Übertrag

- indirekte Steuern

+ Subventionen

= **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**
(Volkseinkommen)

- nicht ausgeschüttete Gewinne

- Körperschaftssteuer

- Sozialversicherungsbeiträge

(Arbeitgeberanteil)

+ Transfers

= **Einkommen der Haushalte**

- direkte Steuern

- Sozialversicherungsbeiträge

(Arbeitnehmeranteil)

= **verfügbares Einkommen**

Vereinfachte Darstellung der Gesamtrechnung

Entstehungsrechnung:

BIP = Brutton Produktionswert (BPW) - Vorleistungen (VL)

Verwendungsrechnung:

**BIP = Konsumgüter (C) + Investitionsgüter (I) + Öffentliche Güter (öG)
+ Exportgüter (Ex) - Importgüter (Im)**

Verteilungsrechnung:

**Bruttonationaleinkommen (BNE) = Löhne (L) + Gewinne (G)
+ Abschreibungen (D)**

Volkseinkommen (VE) = Löhne (L) + Gewinne (G)

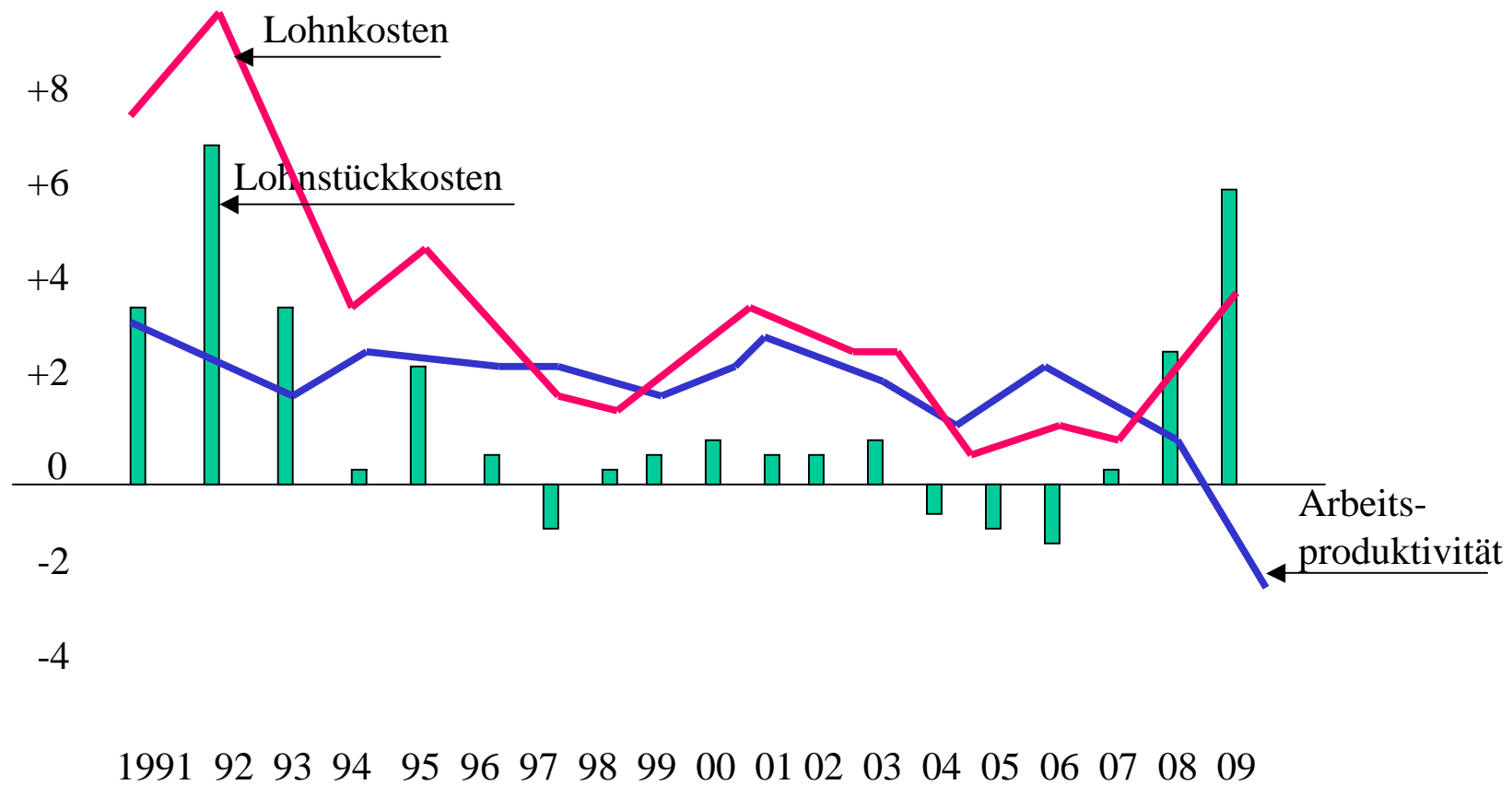
Komponenten des BIP in der BRD 2006

BIP Komponente	Gesamt in Mrd.€	Pro Kopf in €	Anteil %
Bruttoinlandsprodukt	2.322,20	28.194	100,0
Privater Verbrauch	1.357,50	16.481	58,5
Bruttoinvestitionen	412,44	5.007	17,8
Staatsausgaben	425,88	5.171	18,3
Nettoexporte	126,38	1.534	5,4

BIP - Entwicklungen

Land	Periode	Reales BIP pro Kopf zu Beginn der Periode \$	Reales BIP pro Kopf am Ende der Periode \$	Durch- schnittl. Wachstums- rate % pro Jahr
Japan	1890-2003	1.280	28.620	2,79
Brasilien	1900-2003	663	7.480	2,38
Mexiko	1900-2003	987	8.950	2,16
China	1900-2003	610	4.990	2,06
Deutschland	1870-2003	1.859	27.460	2,05
Kanada	1870-2003	2.022	29.740	2,04
USA	1870-2003	3.412	37.500	1,82
Argentinien	1900-2003	1.952	10.920	1,69
Indien	1900-2003	575	2.880	1,58
UK	1870-2003	4.094	27.650	1,45
Indonesien	1900-2003	759	3.210	1,41
Bangladesh	1900-2003	531	1.870	1,16
Pakistan	1900-2003	628	2.060	1,16

Arbeitsproduktivität, Lohnkosten, Lohnstückkosten



Bestimmungsfaktoren der Produktivität

Die produzierte Menge (einschl. Dienstleistung) einer Volkswirtschaft (output) hängt ab vom input des

Realkapital	(= produzierter Produktionsfaktor Kapital)
Humankapital	(= lernender Produktionsfaktor Arbeit)
Technologisches Wissen	(= Wissensstand und Fähigkeiten des Produktionsfaktors Arbeit)
Natürliche Ressourcen	(= regenerierbare und nicht regenerierbare Schätze des Produktionsfaktors Boden)



4.3 Die Steuerungsfunktion des Zinses für Sparen und Investieren

Makroökonomische Gesamtrechnung

Investitionen und Ersparnisse

Annahme: Geschlossene Volkswirtschaft d.h. kein Außenhandel

Gesamteinkommen = Gesamtausgaben

Das Gesamteinkommen BIP (Y) ist identisch mit den Konsumausgaben der Haushalte (C) , Investitionen der Unternehmen (I) und Ausgaben des Staates (G).

$$Y = C + I + G$$

d.h.

$$Y - C - G = I$$

Geht man davon aus, dass Ersparnis (S) ex definitione das ist, was von dem Einkommen BIP nach Bezahlung der Konsumwünsche und der Staatsausgaben übrig bleibt, dann gilt:

$$S = Y - C - G$$

Demnach gilt auch

$$S = I$$

Die Ersparnisse einer geschlossenen Volkswirtschaft sind also gleich den Investitionen.

Makroökonomische Gesamtrechnung

Fortsetzung

Die Steuereinnahmen abzüglich der Transferleistungen (T) werden in die Rechnung einbezogen.

Die Haushalte und Unternehmen führen einen Teil ihrer Einkommen als Steuern ab. Der Staat nimmt die Steuern ein. Sie sind also den Staatsausgaben gegen zu rechnen.

Es gilt dann:
$$S = (Y - T - C) + (T - G)$$

T hebt sich auf, da die Steuerausgaben der Haushalte und Unternehmen und die Steuereinnahmen des Staates gleich sein müssen.

Es kann aber festgestellt werden:

Die Ersparnis einer geschlossenen Volkswirtschaft besteht aus den Bestandteilen:

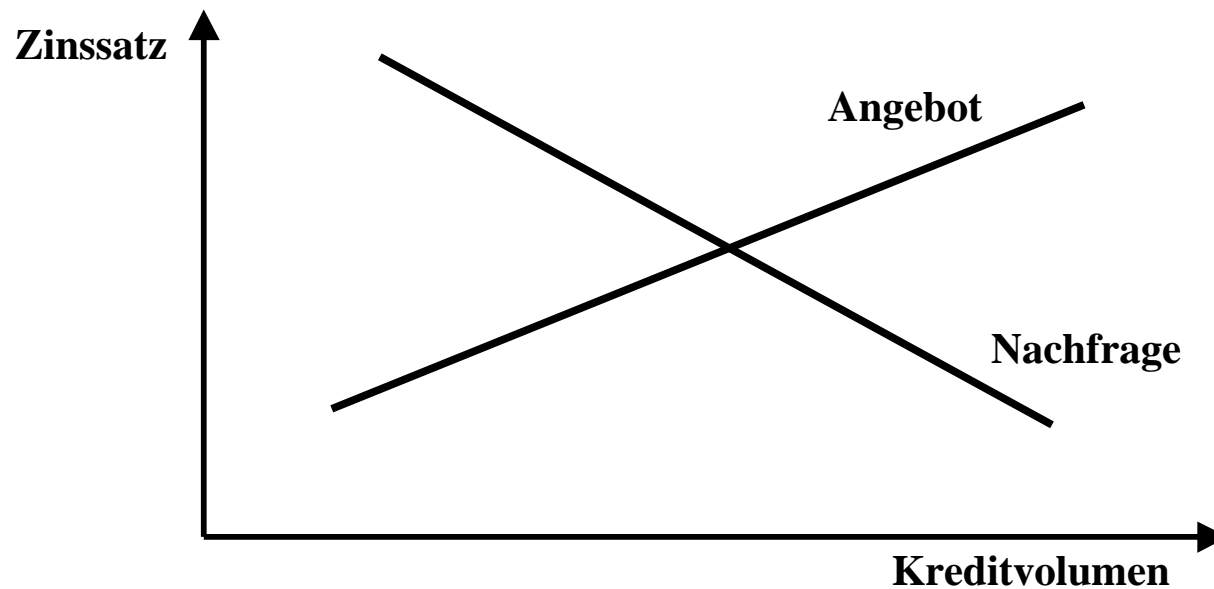
$$\begin{array}{l} Y - T - C = \text{private Ersparnis} \\ T - G \quad = \text{öffentliche Ersparnis} \end{array}$$

Funktion des Finanzsystems

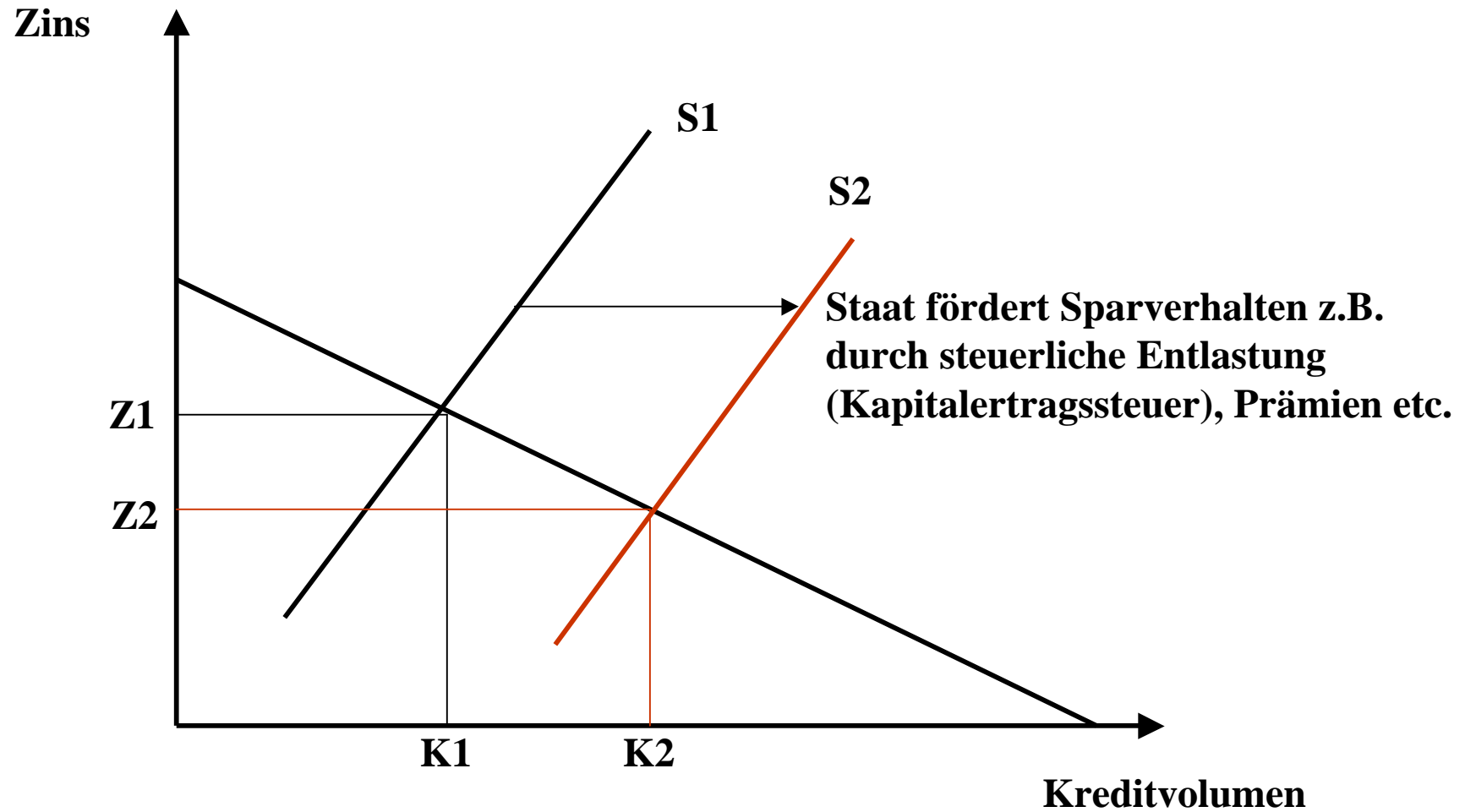
**Das Finanzsystem (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds etc.) koordiniert diejenigen, die entscheiden, wie viel sie sparen (S) und diejenigen, die entscheiden, wie viel sie investieren (I), indem es die Ersparnisse aufnimmt und in Investitionen umlenkt, z.B. durch Kreditvergabe an Unternehmen.
(s. Kreditmarkt)**

Der Kreditmarkt Teil des Kapitalmarktes

Der Kreditmarkt ist der Markt auf dem diejenigen, die sparen möchten, Mittel anbieten, und diejenigen, die investieren wollen, Mittel nachfragen. Das Gleichgewicht wird durch den Zinssatz hergestellt.

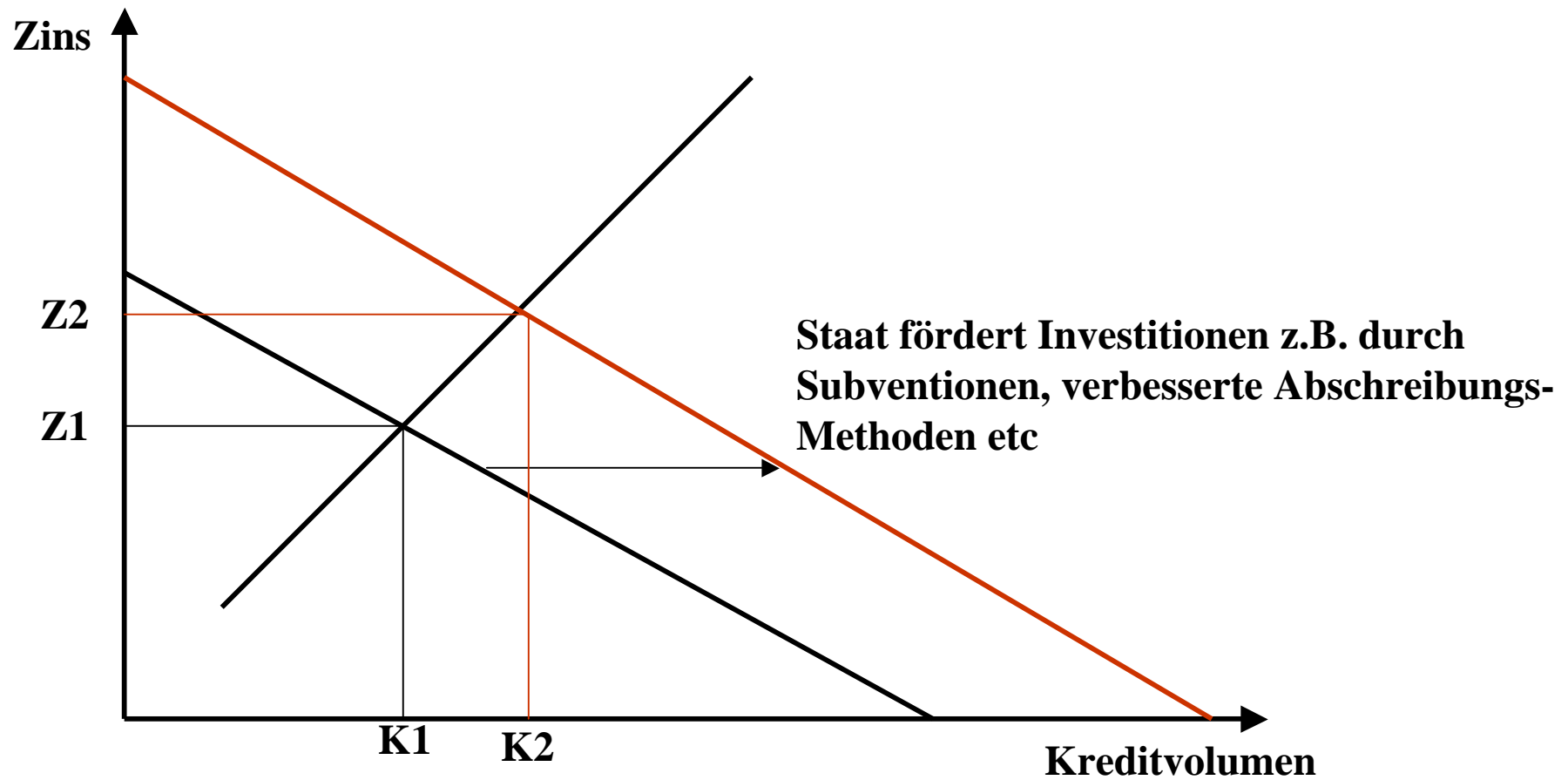


Wirkung staatlicher Maßnahmen Angebot an Finanzierungsmitteln



S = Ersparnisse

Wirkung staatlicher Maßnahmen Nachfrage nach Finanzierungsmitteln



Investitionsrechnung

Ein Unternehmen plant eine Investition, deren maximale Höhe es zu ermitteln gilt. Die jährlichen Nettoeinnahmen werden auf 10000 € geschätzt. Wie hoch dürfte die maximale Investitionshöhe sein, wenn ein Marktzins von 5 % unterstellt wird und die Investition eine Lebensdauer von 5 Jahren erreicht.

1.	Jahr		10 000 €
2.	Jahr abgezinst	$10\,000 : 1,05$	9 524 €
3.	Jahr	„ 9524 : 1,05	9 070 €
4.	Jahr	„ 9070 : 1,05	8 638 €
5.	Jahr	„ 8638 : 1,05	8 227 €
			<hr/>
			45 459 €

Die Investition sollte ein Volumen von 45459 € nicht überschreiten.



5. Die offene Volkswirtschaft

Die offene Volkswirtschaft

Güterströme (incl. Dienstleistungen):

$$\begin{aligned} &\text{Wert der Exporte eines Landes} \\ &- \text{Wert der Importe eines Landes} \quad = \quad \text{Nettoexporte (NX)} \end{aligned}$$

Faktoren, die Exporte und Importe beeinflussen sind z.B.:

Geschmackliche Vorlieben der Verbraucher für inländische oder ausländische Güter.

Die Preise der inländischen und ausländischen Güter.

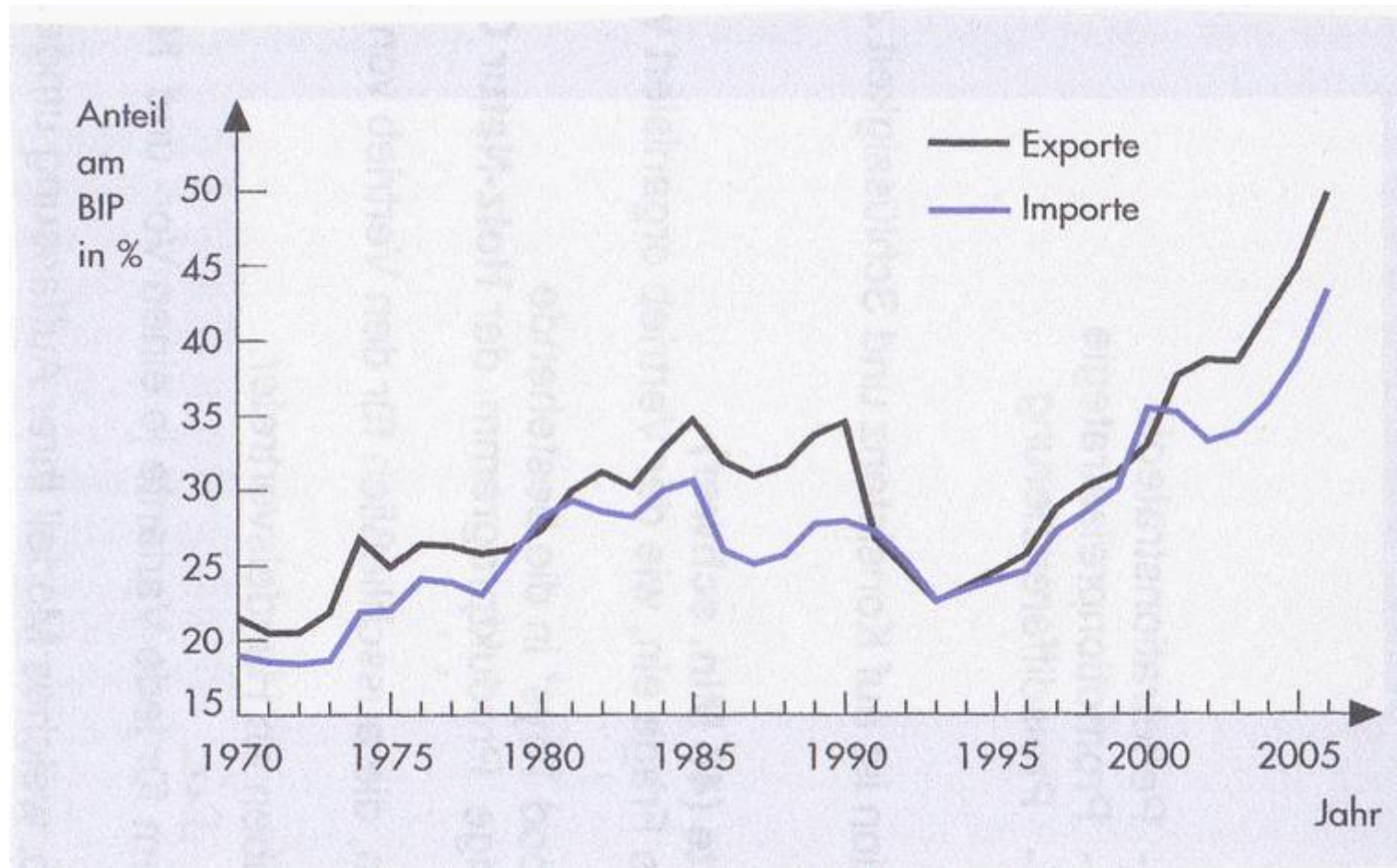
Die Wechselkurse zwischen heimischer und ausländischer Währung.

Die Transportkosten von Land zu Land

Die Politik in Bezug auf den internationalen Handel

Offene Volkswirtschaft (Forts.)

Der Außenhandel in Deutschland



Offene Volkswirtschaft (Fortsetzung)

Kapitalströme

**Der Erwerb ausländischer Aktiva (z.B. Aktien, Anleihen, Devisen) durch Inländer abzüglich des Erwerbs inländischer Aktiva durch Ausländer
= Nettokapitalabfluss (net capital outflow = NCO)**

Merke:

Jede Transaktion, die die Nettoexporte betrifft, verändert in gleicher Höhe den Nettokapitalabfluss. Steigen die NX, steigt auch der NCO und umgekehrt)

$$\text{NCO} = \text{NX}$$

Ersparnisse und Investitionen in der offenen Volkswirtschaft

Ausgangslage: $Y = C + I + G + NX$ (s.o.)
oder $Y = C + I + G + NCO$

$$Y - C - G = I + NX$$

$$Y - C - G = S$$

$$S = I + NX$$

$$S = I + NCO$$

Ersparnis = inländische Investitionen + Nettokapitalabfluss

D.h. wenn in einem Land ein Euro des Einkommens gespart wird, so kann dieser Euro dazu genutzt werden, die Akkumulation inländischen Kapitals zu ermöglichen, oder er kann dazu dienen, den Erwerb von Kapital im Ausland zu finanzieren*.

Internationale Waren- und Kapitalströme

Handelsbilanzdefizit	Ausgeglich. Handelsbilanz	Handelsbilanzüberschuss
Exporte < Importe	Exporte = Importe	Exporte > Importe
Nettoexporte < 0	Nettoexporte = 0	Nettoexporte > 0
$Y < C + I + G$	$Y = C + I + G$	$Y > c + I + G$
Ersparnis < Investitionen	Ersparnis = Investitionen	Ersparnis > Investitionen
Nettokapitalabfluss < 0	Nettokapitalabfluss = 0	Nettokapitalabfluss > 0

Exportüberschuss und Ersparnis

Je größer der Exportüberschuss und damit der Kapitalabfluss, desto höher sollten die Ersparnisse sein, da sonst die inländischen Investitionen schrumpfen könnten, was zumeist zu Lasten des Produktivitätsfortschritts führt.

Andererseits erhöht ein steigender Exportüberschuss die Nachfrage nach inländischer Währung. Dies führt auf einem freien Devisenmarkt zu steigendem Wechselkurs für die Währung des Exportlandes, was wiederum Export dämpfend wirkt.

Das Prinzip des komparativen Vorteils im Außenhandel

nach David Ricardo 1772 - 1823

Ricardo unterscheidet zwischen absolutem und komparativen Vorteil.

Beispiel: Portugal und England stellen jeweils zwei Produkte her: Wein und Tuch

Kosten in Arbeitsstunden (AS) :

Portugal:	1 Ballen Tuch – 20 AS	1 hl Wein – 10 AS
England:	1 BallenTuch – 30 AS	1 hl Wein – 40 AS

Portugal besitzt in der Herstellung beider Waren einen absoluten Vorteil.

In der Herstellung von Wein besitzt Portugal auch einen komparativen Vorteil.

Für beide Länder ist es von Vorteil, wenn Portugal sich auf Produktion und Export von Wein spezialisiert und das Tuch aus England importiert, weil der absolute Nachteil von England da relativ klein ist.

Merke: Auch wenn eine Person oder ein Land in der Produktion in jeder Beziehung unterlegen ist, kann eine Arbeitsteilung mit dem Ziel der Spezialisierung auf das, was jeder am besten beherrscht, von Vorteil sein.

Beweisführung zum Theorem vom komparativen Vorteil

Zu vergleichen sind die Opportunitätskosten.

Opportunitätskosten eines Gutes bestehen in dem, was wir für dieses Gut durch Verzicht auf andere Güter aufgeben müssen.

Siehe Beispiel:

Opportunitätskosten Portugal für	1 hl Wein	=	1/2 Ballen Tuch
	1 Ballen Tuch	=	2 hl Wein
England für	1 hl Wein	=	4/3 Ballen Tuch
	1 Ballen Tuch	=	3/4 hl Wein

Wenn P. einen hl Wein herstellt und verkauft, verzichtet es „nur“ auf Herstellung und Verkauf von 1/2 Ballen Tuch.

Wenn E. 1 Ballen Tuch herstellt und verkauft, verzichtet es „nur“ auf Herstellung und Verkauf von 3/4 hl Wein.

Im Markt wird für die Beteiligten der größte Vorteil erzielt, wenn jeder sich auf das konzentriert, was für ihn die geringsten Opportunitätskosten verursacht.



Exkurs:
Die Europäische Währungsunion

Ebenen außenwirtschaftlicher Beziehungen

- **Waren- und Dienstleistungshandel**
- **Zahlungsverkehr, Kreditverkehr, Vermögenstransfer**
- **Bevölkerungs- und Unternehmenswanderungen**
- **Informationsströme**

Sechs Integrationsstufen:

- 1. Präferenzzone: Vereinbarung von Zollessenkungen**
- 2. Freihandelszone: Abschaffung von Binnenzöllen und Importquoten. Außenzölle bleiben auf der individuellen Höhe der Länder bestehen.**
- 3. Zollunion: Neben Freihandel wird gemeinsamer Außenzoll festgelegt.**
- 4. Gemeinsamer Markt: Neben der Zollunion wird Mobilität für für Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Kapitalbewegungen) geschaffen.**
- 5. Wirtschaftsunion: Die nationalen Wirtschaftspolitiken werden harmonisiert.**
- 6. Vollständige wirtschaftliche Integration: Die gemeinsame Politik wird durch supranationale Institutionen mit Entscheidungsbefugnissen gesteuert.**

Anmerkung: Die EU befindet sich zwischen Stadium 4 und 5.

Exkurs: Die Europäische Währungsunion

Vorteile der gemeinsamen Währung:

- **Keine Transaktionskosten.**

Die Kosten für den Umtausch der Währungen im Binnenhandel der Währungsunion (Bankgebühren) entfallen.

- **Preisdifferenzierung wird schwieriger.**

Preisdifferenzierung verfolgt generell das Ziel, die Konsumentenrenten besser abzuschöpfen. Das gilt also auch für regionale Preisdifferenzierung. Insofern führt sie aus Nachfragersicht zu einer Wohlfahrtsverringerng. Eine Erschwerung liegt also im Interesse der Gemeinschaft.

- **Keine Wechselkursschwankungen.**

Wenn der grenzüberschreitende Warenverkehr und die Bezahlung der Güter zeitlich auseinanderfallen, besteht das Risiko (oder die Chance), dass der Wert der Fremdwährung nicht mehr dem entspricht, der bei Vertragsabschluss gegolten hat. Die Auenhandelsaktivitaten sind von entsprechender Unsicherheit begleitet.

- **Erhöhte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern**

Die Europäische Währungsunion (Forts.)

Nachteile einer gemeinsamen Währung:

- **Aufgabe der eigenständigen Geldpolitik.**
Die Länder können nicht mehr durch Auf- oder Abwertung den Außenhandel steuern und z.B. Wettbewerbsfähigkeit ausgleichen.
- **Zinsdifferenzen zwischen den Ländern werden aufgehoben.**
Damit entfällt auf nationaler Ebene ein wesentliches Instrument zur Steuerung der Geldmenge (s. unten: Geldpolitik).
- **Gegenläufige Wirtschaftsentwicklungen benötigen differenzierte Mittel.**
Ein Land kämpft z.B. gegen Arbeitslosigkeit, ein anderes gegen Inflation. Zinspolitik kann nicht eingesetzt werden, da einheitlicher Leitzins besteht. Fiskalpolitik (deficit spending gegen Ausgabenstop) spreizt die Ratings und die Risikoaufschläge für Staatsanleihen.
(siehe aktuelle Eurokrise)
- **Lohn-Preis-Niveau Unterschiede können entstehen oder sich verstärken, je nach verfolgter Wirtschaftspolitik.** Damit driftet die Wettbewerbsfähigkeit auseinander. Der Währungs- und Zinsunion sollte die Wirtschaftsunion folgen.

Die Europäische Union: Fazit

Unter wirtschaftlichen Aspekten (politische Bewertungen werden hier vernachlässigt) führt die Währungsgemeinschaft zu einem Zugewinn an allgemeinem Wohlstand, da die Fähigkeit, Güter und Leistungen effizient zu produzieren bei Arbeitsteilung zunimmt. (s.o. volkswirtschaftliche Regel Nr. 8) Jeder produziert, was er am besten kann. Damit ist die Wettbewerbsfähigkeit des Ganzen gegenüber Drittstaaten höher als in der Summe seiner Teile.

Dennoch bestehen eine Reihe von Problemen, die vor allem daraus resultieren, dass die Entwicklungen in den einzelnen Ländern auseinander driften können, während den Staaten aber nicht mehr alle Instrumente zur Steuerung ihrer Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehen. Insbesondere sind das die Zinspolitik und die Möglichkeit der Auf- und Abwertung der eigenen Währung.

Die Nachteile reduzieren sich in dem Maße, wie die Währungsunion eine einheitliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik betreiben kann, die ein Auseinanderdriften der Entwicklungen in den einzelnen Ländern verhindert.



6. Wirtschaftspolitik



6.1 Ordnungspolitik

Wirtschaftspolitische Ziele

Freiheit	Gleichheit	Sicherheit
Steigerung des Gemeinwohls (Gesellschaftliche Wohlfahrt)		
Steigerung des Wohlstands (Ökonomische Wohlfahrt)		
Konjunkturelle Stabilität <ul style="list-style-type: none">- Vollbeschäftigung- Preisniveau- stabilität- Zahlungsbilanz- ausgleich	Allokative Effizienz <ul style="list-style-type: none">- Optimale Güterversorgung- Wirtschaftswachstum- Umweltschutz	Verteilungs- gerechtigkeit

Das Wesen der sozialen Marktwirtschaft

- **Optimierung der Versorgung**
- **zu richtigen und gerechten Bedingungen (z.B. Preise)**
- **durch Wettbewerb der Wirtschaftssubjekte**
- **bei Vermeidung von ruinösem Wettbewerb**
- **Schutz der Marktteilnehmer**
- **Schaffung von Tarifautonomie**
- **Schutz und gesellschaftlicher Verpflichtung von Eigentum**
- **Garantie von Vertrags- und Gewerbefreiheit**

Begriff: Allokation von Ressourcen

= die Verteilung bzw. die Zugriffsmöglichkeit der Wirtschaftssubjekte auf die Ressourcen wie (s.o.)

- Basisproduktionsfaktoren
- Realkapital
- Humankapital
- Technologie
- Natürliche Ressourcen

Allgemein gilt:

Die **Allokation der Ressourcen** ist effizient im Marktgleichgewicht

(s. hierzu auch die Ausführungen zur Konsumenten- und Produzentenrente)



6.2 Geldpolitik

Geld und Geldmenge

Funktionen des Gelds:

Tauschmittel

Wertmaßstab

Wertaufbewahrung

**Geldmenge resultiert aus
Geldangebot und Geldnachfrage**

Geldmengendefinition

Bargeldumlauf

+ täglich fällige Einlagen (Sichteinlagen)

= Geldmenge M 1

**+ Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bzw
Kündigungsfrist**

(z.B. Spareinlagen)

= Geldmenge M 2

+ Geldmarktpapiere (-fonds)

+ Schuldverschreibungen

= Geldmenge M 3

Geldmarkt

Geldnachfrage

Transaktionsmotiv

= Geld zum Kauf von Gütern

Sicherheitsmotiv

= Geld für unbestimmte
Ereignisse

Spekulationsmotiv

= Rendite, Wertsteigerung als
Belohnung für
Liquiditätsverzicht

Geldangebot

= **Monopolangebot der
Zentralbank**

= **Zentralbankgeldmenge**
(Bargeldumlauf
+Sichtguthaben bei der
Zentralbank)

Achtung: Geldangebot ist
nicht gleich der Gesamtgeldmenge.
Vielmehr gilt: Zentralbankgeld + multiple
Geldschöpfung der Geschäftsbanken =
Geldmenge

**Grundlage für die Handlungsweisen der am Prozess beteiligten
Wirtschaftssubjekte sind deren Erwartungen für die Zukunft.**

Multiple Geldschöpfung der Banken

Geldmenge des Bürgers A: 100

Aktiva	Bank 1	Passiva
Reserve	10	Einlage 100
Kredit an B	90	



B kauft bei C für 90

Bank 2		Passiva
Reserve	9	Einlage 90
Kredit an D	81	



D kauft bei E für 81

Bank 3		Passiva
Reserve	8,10	Einlage 81
Kredit an F	72,90	



F kauft bei G für 72,90

Geldmenge

100
90
81
72,90
:
:
1000

Berechnung multiple Geldschöpfung der Banken

**Reservesatz: Mindestreservevorgabe der Notenbank + individuelle
Festlegung der jeweiligen Bank**

Beispiel Reservesatz: 10 % bzw. 1/10 der Kundeneinlagen

**Geldschöpfungsmultiplikator = reziproker Wert des Reservesatzes
also im Beispiel = 10**

**Aus einer Einlage von 100 € kann das Bankensystem bei einem Reservesatz
von 10 % also eine Geldmenge von 1000 € schöpfen.**

**Beispiel Reservesatz 20 % d.h. 1/5 der Kundeneinlagen. Multiplikator = 5
Aus 100 € können bei einem Reservesatz von 20% 500 € geschöpft werden.**

**Beispiel Reservesatz 5% d.h. 1/20 der Kundeneinlagen. Multiplikator 20
Aus 100 € können 2000 € geschöpft werden.**

Die Europäische Zentralbank (EZB)

Rechtsgrundlage:

seit 1. 1. 1999 u.a. Maastrichter Vertrag

Sitz:

Frankfurt a.M.

Prinzip der Unabhängigkeit

**von anderen EU-Institutionen wie Kommission oder EU-Parlament
von den nationalen Regierungen der EWU-Staaten**

Leitung:

Rat der EZB

bestehend aus den Notenbankpräsidenten der EWU-Länder

Verantwortungsbereich:

Geldemission

Geldwertstabilität

im wesentlichen durch Steuerung der Geldmenge

Das Instrumentarium der Zentralbank

Mengenpolitik

= Veränderung des Geldangebots

- **Ankauf / Verkauf von Devisen**
z.B. bei Export-/Importüberschuss
- **Mindestreservepolitik**
Einschränkung / Ausweitung der
Geldschöpfungsmöglichkeiten
der Geschäftsbanken
- **Interventionspolitik bei**
unerwünschten Wechselkurs-
änderungen
z.B. Ankauf fremder Währung,
um einen Aufwertungsdruck zu
bremsen. (nur begrenzt möglich,
da mit Autonomieverlust der ZB
verbunden.)

Preispolitik

= Festsetzung von ZB-Zinsen

- **Diskontpolitik**
Zinsfestlegung zur Übernahme von
Wechseln
- **Lombardpolitik**
Zinsfestlegung zur Vergabe von
Krediten der ZB gegen Wert-
papiersicherung
- **Offenmarktpolitik**
(Wertpapierpensionsgeschäft)
 - Mengentender
Geschäftsbanken verkaufen
Wertpapiere zu festem Zins an ZB
mit Rückkaufverpflichtung
 - Zinstender
Der Zins für diese Transaktion
bildet sich auf Grund der Angebots-
menge seitens der Geschäftsbanken.

Inflation: Wesen und Messung

Unter Inflation versteht man im allgemeinen eine über einen längeren Zeitraum zu beobachtende Zunahme des Preisniveaus.

Messgröße: Preisindex für die Lebenshaltung aller Haushalte

Messverfahren: Für einen statistisch repräsentativer Warenkorb eines Durchschnitts-Haushalts in einer Basisperiode werden die monatlichen Verbrauchsausgaben des laufenden Jahres ermittelt und mit denen einer Basisperiode verglichen.

Anpassung: Da Verbraucherverhalten sich ändert, wird der Warenkorb im Fünfjahresrhythmus neu ermittelt. Das Statistische Bundesamt befragt dazu 50 000 Haushalte nach ihrem Verbrauchsverhalten für

Nahrungsmittel u. alkoholfrr. Getr.
Alkohol. Getränke, Tabakwaren
Bekleidung, Schuhe
Wohnungsmiete mit Nebenkosten
Einrichtung, Instandhaltung
Gesundheitspflege

Verkehr
Nachrichtenübermittlung
Freizeit, Unterhaltung, Kultur
Bildungswesen
Beherbungs- u. Gastst.dienstleistungen
Andere Waren u. Dienstleistungen

Ursachen der Inflation und Gegenmaßnahmen

Nachfrageinduzierte Inflation:

Auslöser:

Die Nachfrage nach Gütern u. Leistungen übersteigt das Angebot. (Inflatorische Lücke)

Ursachen z.B.

Geldmenge zu hoch (monetaristischer Ansatz)

Steigenden Preisen folgen i.d.R. steigende Löhne.

Dadurch Preiserhöhung der Unternehmen

Verbrauchererwartungen in Preisentwicklung negativ

Dadurch panikartige Nachfragesteigerung →

= Preis - Lohnspirale

Angebotsinduzierte Inflation:

Auslöser:

Kostensteigerungen für Produktionsfaktoren werden über die Preise weitergegeben.

(Kostendruckinflation)

Unternehmen können höhere Gewinne durchsetzen. Preiserhöhung mangels Wettbewerb.

(Gewinndruckinflation)

Importpreise steigen

Nachfrage steigt panikartig

= Lohn - Preisspirale

Gegenmaßnahmen:

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

Antiinflationäre Rezession (geduldete zeitweise Arbeitslosigkeit)

Geldverknappung durch Leitzinserhöhung

Restriktive Fiskalpolitik

Lohn- Preisstopp (= Ordnungspolitischer Sündenfall)



6.3. Konjunktur- und Wachstumspolitik

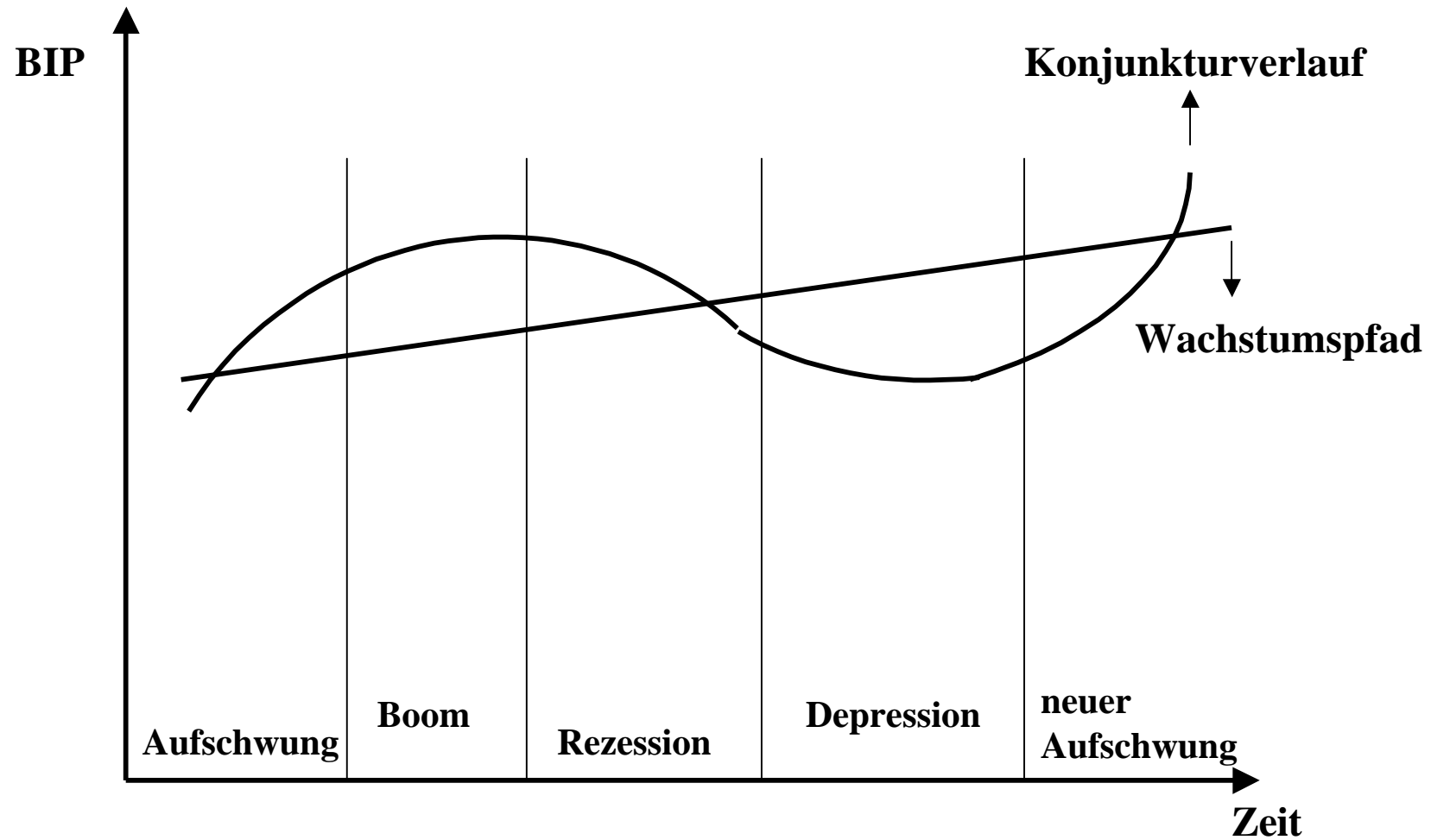
Beispiele für die Ursachen von Zielkonflikten

- **das Auftreten von Transaktionskosten**
 - = **Kosten der Umverteilung von Gütern, Einkommen oder Vermögen**
 - = **veränderte Anreizwirkungen**
 - = **negativer Effekt auf die optimale Allokation der Ressourcen**
z.B. durch den Aufbau einer staatlichen Bürokratie für die Organisation der Umverteilung

- **die fehlende Erreichbarkeit des Wettbewerbsgleichgewichts, die zu Second best Überlegungen führt.**
Bewusst wird wegen der nicht gleichzeitigen Erreichbarkeit zweier oder mehrerer Ziele (hier z.B. optimale Effizienz der Ressourcen Allokation und optimale Verteilungsgerechtigkeit) auf eine First best Lösung verzichtet.

- **der statische Charakter der wohlfahrtsökonomischen Analyse**
z.B. verändern sich Ressourcenausstattungen oder die Produktionstechnik verändert die Produktionsmöglichkeiten bzw. die Produktivität.

Wachstumspfad und Konjunkturzyklus



Wirtschaftspolitik

= angewandte Mikro- und Makroökonomie durch den Staat, also die

- Gebietskörperschaften
- Pflichtversicherer
- Zentralbank
- staatliche Eigenbetriebe

→ nach dem Zeithorizont

- Ordnungspolitik (langfristig, grundlegend, z.B. das Konzept der sozialen Marktwirtschaft)
- Prozesspolitik (kurzfristig, korrigierend, z.B. zur Steuerung der Konjunkturzyklen)

→ nach dem Gegenstand

- Wettbewerbspolitik (z.B. GWB und UWG)
 - Arbeits- und Sozialpolitik
-
-

Indikatoren für Wachstum und Konjunktur

Wachstum als Folge von

- > Basisinnovationen (Ottomotor, Elektrizität, Computer)
- > Strukturellen Veränderungen (von der Industrie zur Dienstleistung)
- > Effizienzsteigerungen (Produktivität: Output/Input- Verhältnis)

Konjunkturschwankungen als Folge von

- > Anpassungsverzögerungen der Wirtschaftssubjekte an veränderte Situationen

- **Frühindikatoren:** Investitionsentscheidungen
Auftragseingänge
Geschäftsklimaindex (IFO-Institut)
 - **Istindikatoren:** Veränderung des BIP
Veränderung des Preisniveaus
 - **Spätindikatoren:** Beschäftigung
-
-

Richtungsalternativen der Wirtschaftspolitik

Nachfrageorientierte WP (Keynesianismus)

Ziel:

Stimulierung der Beschäftigung
in schwachen Konjunkturphasen

Maßnahme:

Verstärkung der Nachfrage nach
Gütern durch den Staat, der

- durch Ausweitung des Haushalts
(deficit spending) selbst verstärkt
als Nachfrager auftritt
- die Wirtschaftssubjekte z.B. durch
Steuermaßnahmen zur Nachfrage
motiviert.

Vorteil: kurzfristig kann
Beschäftigung entstehen

Nachteil: Strukturelle Schieflagen
(unrentable Bereiche) werden
zementiert.

Gefahr für Preisniveau

Angebotsorientierte WP (Neoklassik, Neoliberalismus)

Ziel:

Stimulierung des langfristigen Wachstums

Maßnahme:

Erleichterung von Unternehmens-
Investitionen (insbesondere auch in
Zukunftsbereiche) durch

- Rücknahme des Staatseinflusses in
Fiskalpolitik, Sozialabg., Bürokratie etc.
- Lohnzurückhaltung bei Tarifabschlüssen

Vorteil: Anfangs stimuliert die Investitions-
güternachfrage. Die Unternehmen nutzen
dann die Neuinvestitionen

zur qualitativen und/oder preislichen
Attraktivitätssteigerung des Angebots.

Nachteil: Der zeitliche Horizont des
Anpassungsprozesses ist lang.

Die Kaufkraft der konsumbereiten
Wirtschaftssubjekte muss vorhanden sein.

Quantitätstheorie und Monetarismus

Beim Verkauf oder Kauf von Gütern entspricht der gezahlte Geldbetrag genau der Gütermenge multipliziert mit den Einzelpreisen.

Geldseite: Geldmenge (G) x Umlaufgeschwindigkeit (U)

Güterseite: Handelsvolumen* x Preisniveau

$$\text{Quantitätsgleichung:} \quad G \times U = H \times P$$

Geldseite = Güterseite

(nach Irving Fisher 1867 – 1947)

d.h. eine Erhöhung der Geldmenge führt c.p. zwangsläufig zu erhöhten Preisen, wenn Vollbeschäftigung herrscht und damit die Gütermenge nicht erhöht werden kann.

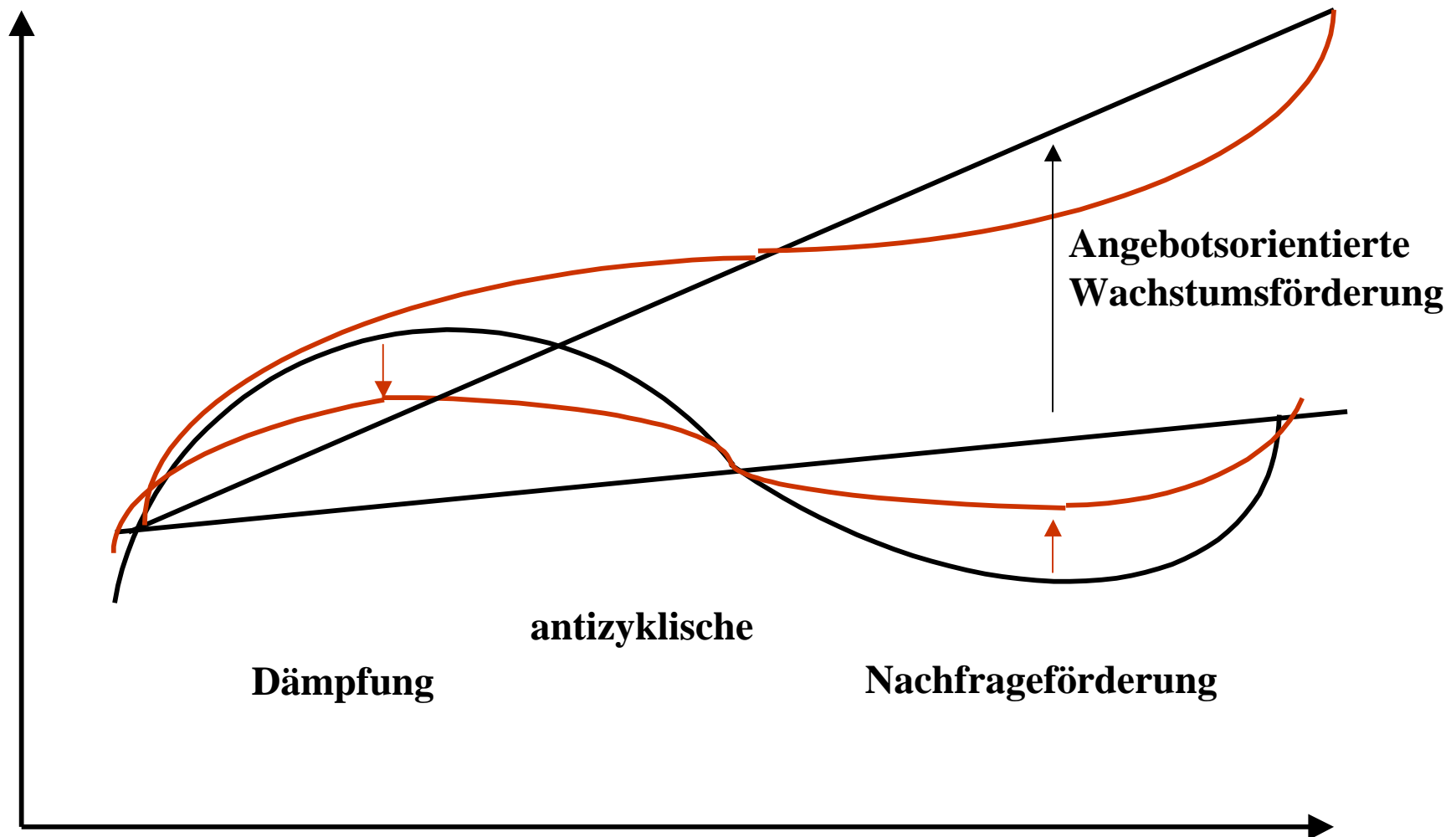
Lehre des Monetarismus

Geldwertstabilität ist gegeben, wenn die Geldmenge nicht schneller steigt als das BIP. Steigt sie langsamer entsteht Deflation. = Leitlinie für Zentralbank
Weitere konjunkturpolitische Maßnahmen sind abzulehnen.

(nach Milton Friedman 1912 - 2006)

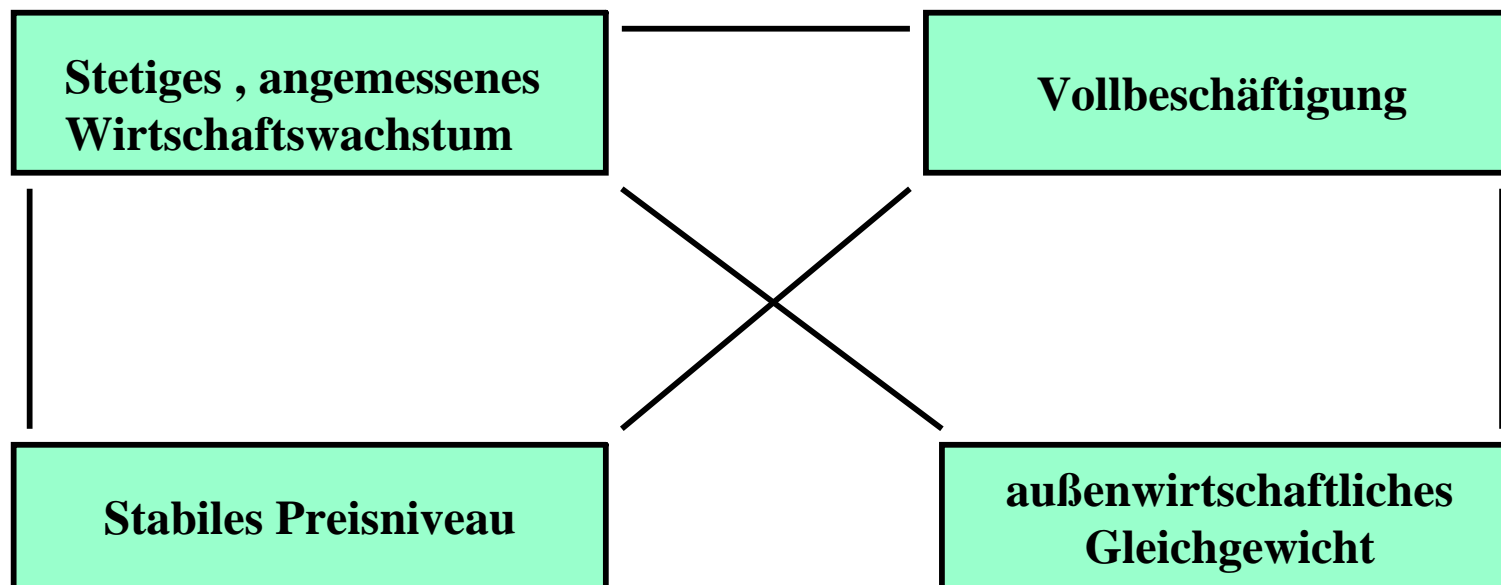
- Alle umgesetzten Güter und DL in einer Periode

Wirkungen der wirtschaftspolitischen Alternativen



Das magische Viereck

Anerkanntes wirtschaftspolitisches Zielbündel



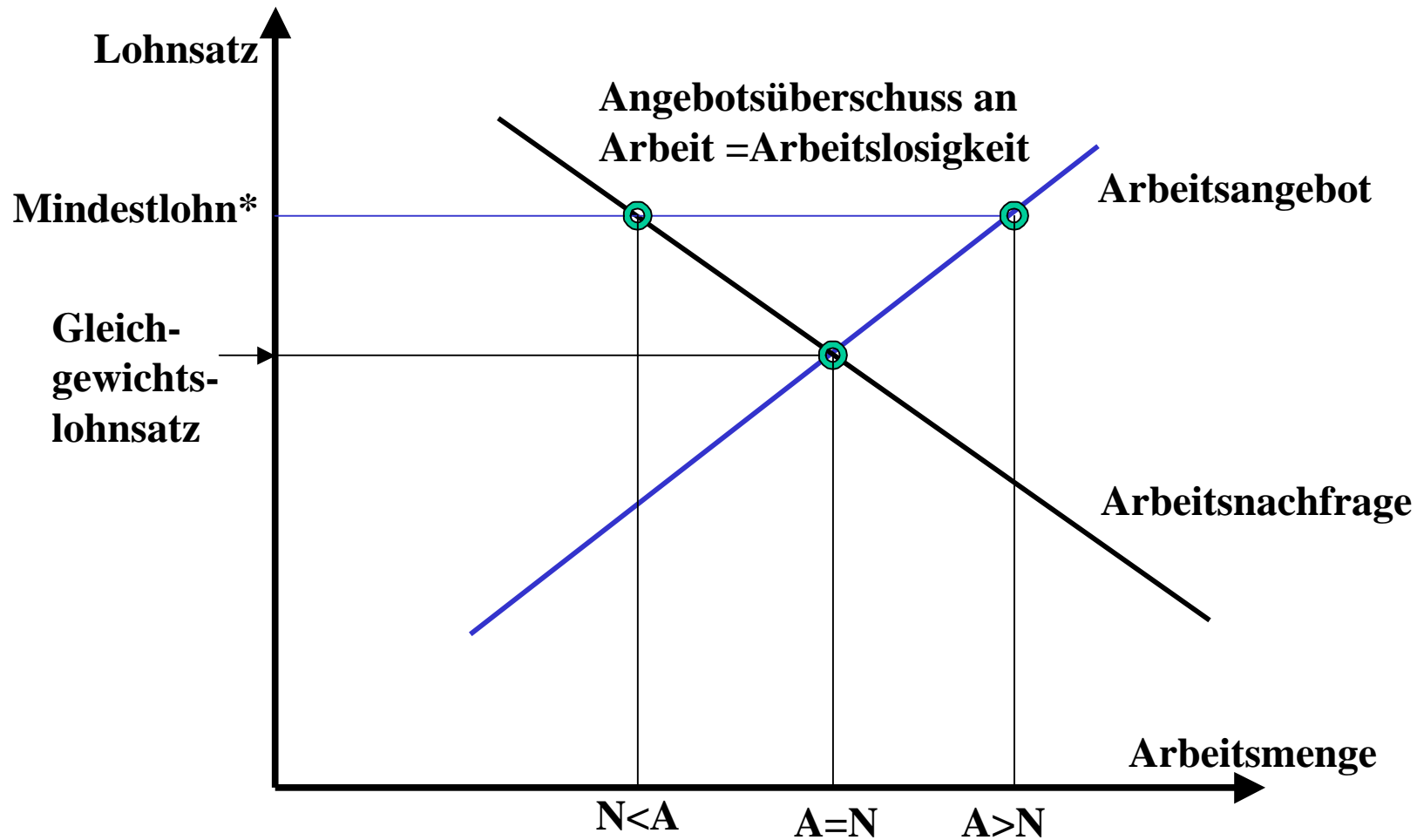
Problem simultaner Zielerreichung, da z. T. untereinander Zielkonflikte bestehen.

z.B. Zinssteigerung bremst Inflation aber auch Wirtschaftswachstum.

Exportförderung kann Geldmenge erhöhen aber auch das Preisniveau steigern.

Arbeitsmarktmaßnahmen können Strukturwandel (Wachstumspfad) bremsen.

Natürliche Arbeitslosigkeit



A = Angebot
N = Nachfrage

***Statt Mindestlohn kann jede andere positive Ursache für Abweichungen vom Gleichgewichtslohn in Frage kommen.**

Ursachen natürlicher Arbeitslosigkeit

Temporäre Arbeitslosigkeit

z.B. **Sucharbeitslosigkeit:**

Auslöser ist ständiger Umstrukturierungsprozess. Unternehmen wachsen und Unternehmen schrumpfen, d.h. eine gewisse Gruppe von Arbeitnehmern ist immer auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen. Die Zeit der Arbeitssuche wird dabei durch die Arbeitslosenversicherung eher verlängert, weil die Dringlichkeit reduziert wird.

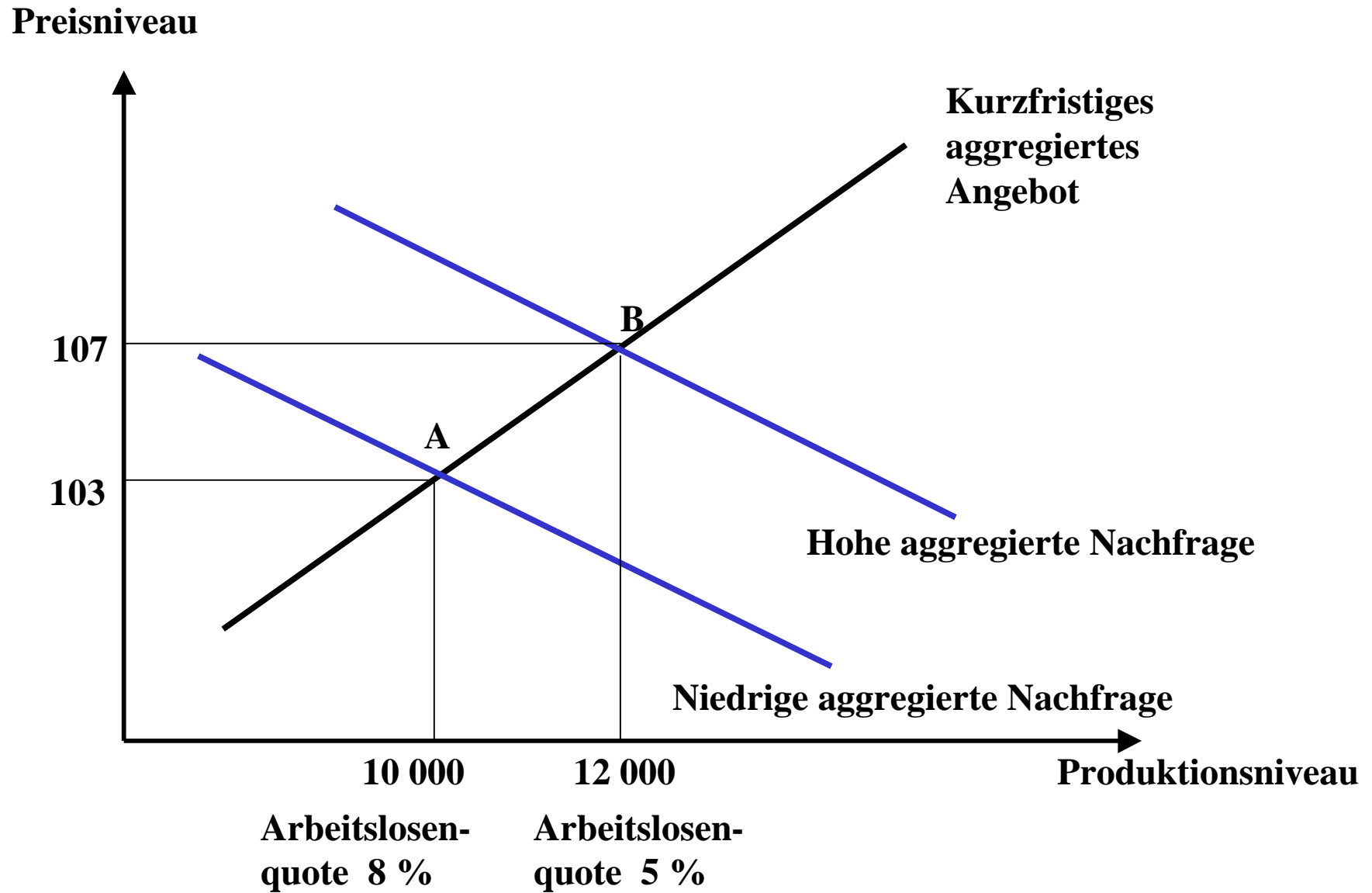
Strukturelle Arbeitslosigkeit = Positive Abweichung vom Gleichgewichtslohn

z.B. **Mindestlohn:** betrifft Niedriglohnsegment und vornehmlich ungelernete, berufsunerfahrene Arbeitnehmer, die das Arbeitsangebot erhöhen, weil diese Gruppe, sofern sie aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden war, wieder an den Arbeitsmarkt zurück drängt, während die Unternehmen diese teurer gewordene Arbeit weniger nachfragen.

z.B. **Macht der Gewerkschaften:** Tendenziell werden die Gewerkschaften bemüht sein, das Entlohnungsniveau über das Gleichgewichtsniveau zu erhöhen.

z.B. **Effizienzlöhne:** Für Unternehmen kann es interessant sein, Löhne über Gleichgewichtslohn zu zahlen, weil es die Leistungsbereitschaft stärkt, weil es die Fluktuation einschränkt und die qualitativ besten Arbeitnehmer anlockt.

Inflationsrate und Arbeitslosenquote



Hintergrundinformation Phillips-Kurve

Alban W. Phillips untersuchte empirisch für das United Kingdom die Wechselwirkungen zwischen Arbeitslosenquote und Inflationsrate für den Zeitraum 1861 bis 1957.

Ergebnis:

In der Regel herrschte in Zeiten hoher Inflation gleichzeitig niedrige Arbeitslosigkeit, während bei geringer Inflation die Arbeitslosigkeit zunahm.

Paul Samuelson ermittelte die gleiche Korrelation für die USA.

Die Begründung leitet er aus der Nachfrage ab:

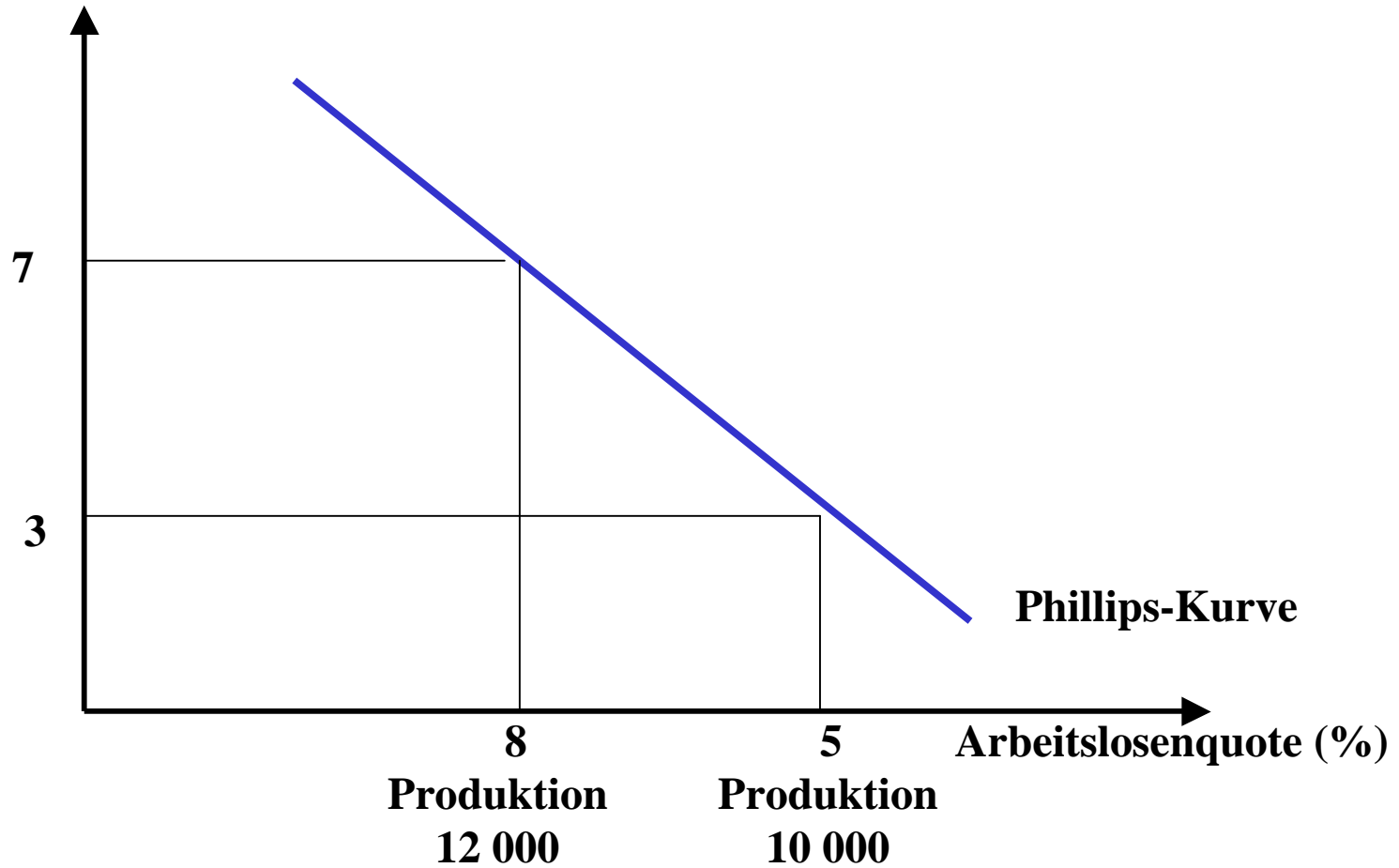
- hohe Nachfrage = hohe Beschäftigung = niedrige Arbeitslosigkeit
- und hohe Nachfrage = steigende Preise

Schlussfolgerung (hypothetisch):

Durch Steuerung der Nachfrage mit Geldpolitik (z.B. Geldmengen) oder Fiskalpolitik (z.B. Steuern) lässt sich eine beliebige, gesellschaftlich gewünschte Konstellation beider Variablen auf der Phillips-Kurve einstellen.

Phillips – Kurve kurzfristig

Inflationsrate
(% p.a.)



Langfristige Betrachtung Phillips-Kurve

Milton Friedman und **Edmund Phelps** wiesen nach, dass die negative Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation langfristig nicht zu halten ist.

These: Beide Variablen sind funktional nicht verknüpft.

Ursachen Arbeitslosigkeit

z.B. Arbeitsrecht

Macht der Gewerkschaften

Mindestlöhne

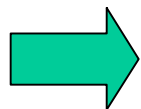
Effektivität der Stellenvermittlung

Ursachen Inflation

Wachstum der Geldmenge

Die Geldmenge beeinflusst nur die Preise und Nominaleinkommen nicht aber die realen Größen des Arbeitsmarktes. Nach einer Anpassungszeit wird sich die Arbeitslosigkeit auf ihre natürliche Größe einpendeln.

Oder: Das Produktionsniveau ist reale Größe,
das Preisniveau ist nominale Größe



Bei langfristiger Unabhängigkeit der Arbeitslosigkeit von der Inflationsrate verläuft die Phillips-Kurve vertikal.

Phillips-Kurve langfristig

Inflationsrate

Hohe
Inflations-
rate



Niedrige
Inflations-
rate

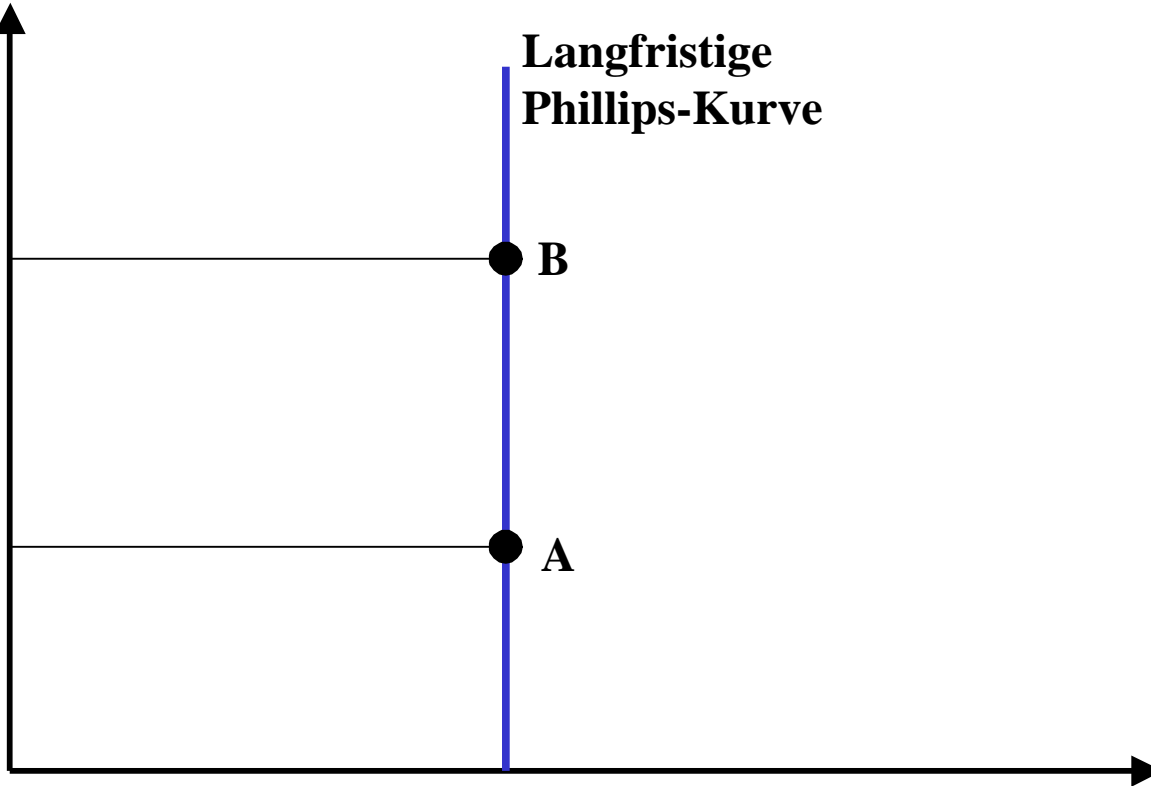
Langfristige
Phillips-Kurve

B

A

Natürliche
Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote





7. Fiskalpolitik

Finanzpolitik des Staates

= Finanzierung der Staatsaufgaben durch Steuer- und Abgabenerhebung insbesondere auf die durch wirtschaftliche Leistung erzielten Einkommen und Umsätze

Staatsaufgaben:

- **Erstellung öffentlicher Güter (incl. Dienstleistungen)**
wie z. B. Infrastruktur
Bildung
innere und äußere Sicherheit
soziale Leistungen
- **Bereitstellung sozialer Sicherungssysteme**
Rentenversicherung
Krankenversicherung
Pflegeversicherung
Arbeitslosenversicherung
- **Mitwirkung beim Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente**
z. B. als Steuerungshilfe zur Beeinflussung der Konjunkturverläufe
(Keynesianismus – in globalisierter Wirtschaftsordnung allerdings umstritten)

Rechtliche Grundlagen

Grundgesetz, Maastrichter Vertrag, diverse Rechtsnormen

Fiskalpolitik und aggregierte Nachfrage

Veränderung der Staatsausgaben

z.B. Staat erhöht die Ausgaben z.B. durch Ankauf von Gütern für Eigenbedarf

Auftragsvergabe an Inlandsunternehmen

Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Anstieg von Umsätzen, Löhnen u. Gewinnen

Multiplikatoreffekt

Verdrängungseffekt

Anstieg der Konsumausgaben

Anstieg der Kassenhaltung in Haush.
u. der Kreditnachfr für langfristige
Anschaffungen.

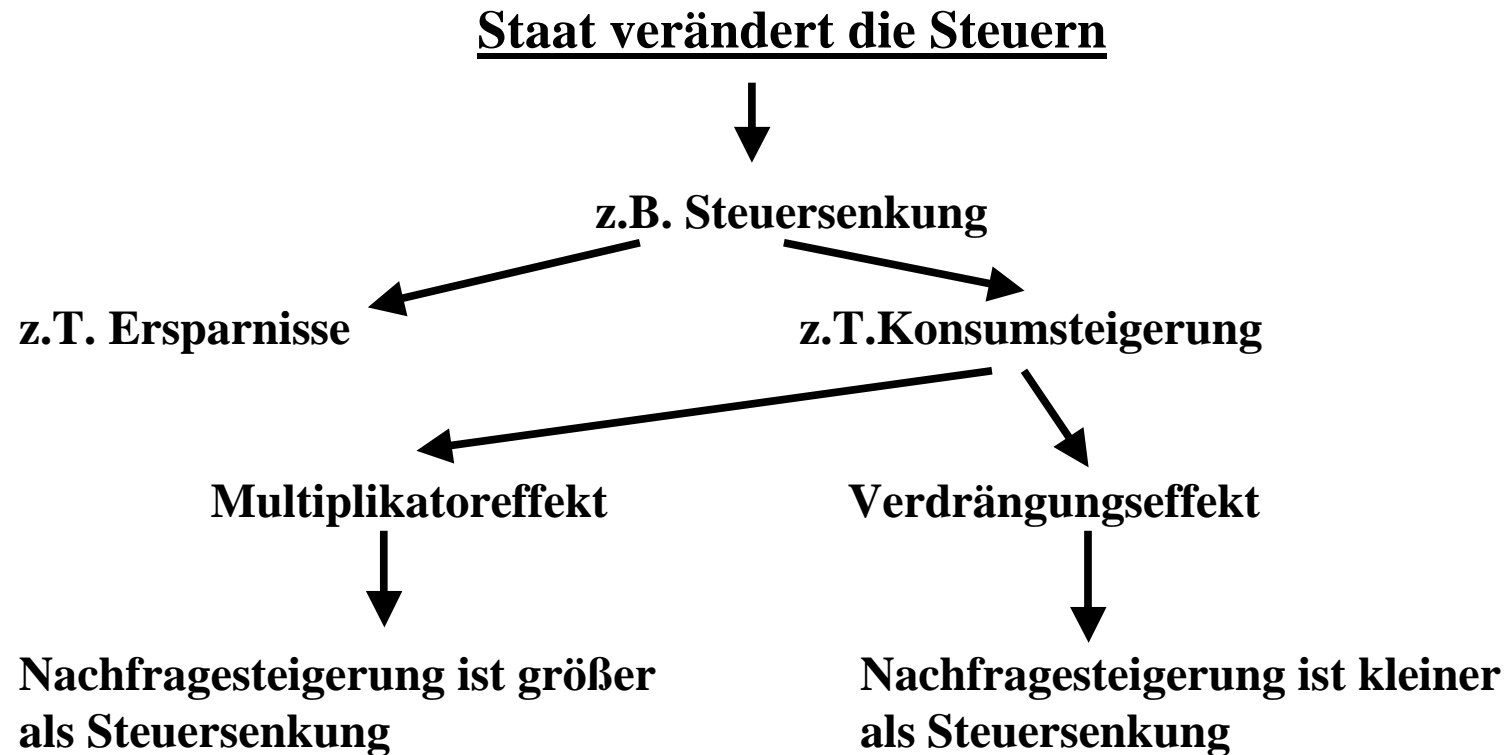
Anstieg von Arbeits- und
Unternehmenseinkommen

Anstieg der Zinsen

usw. usw.

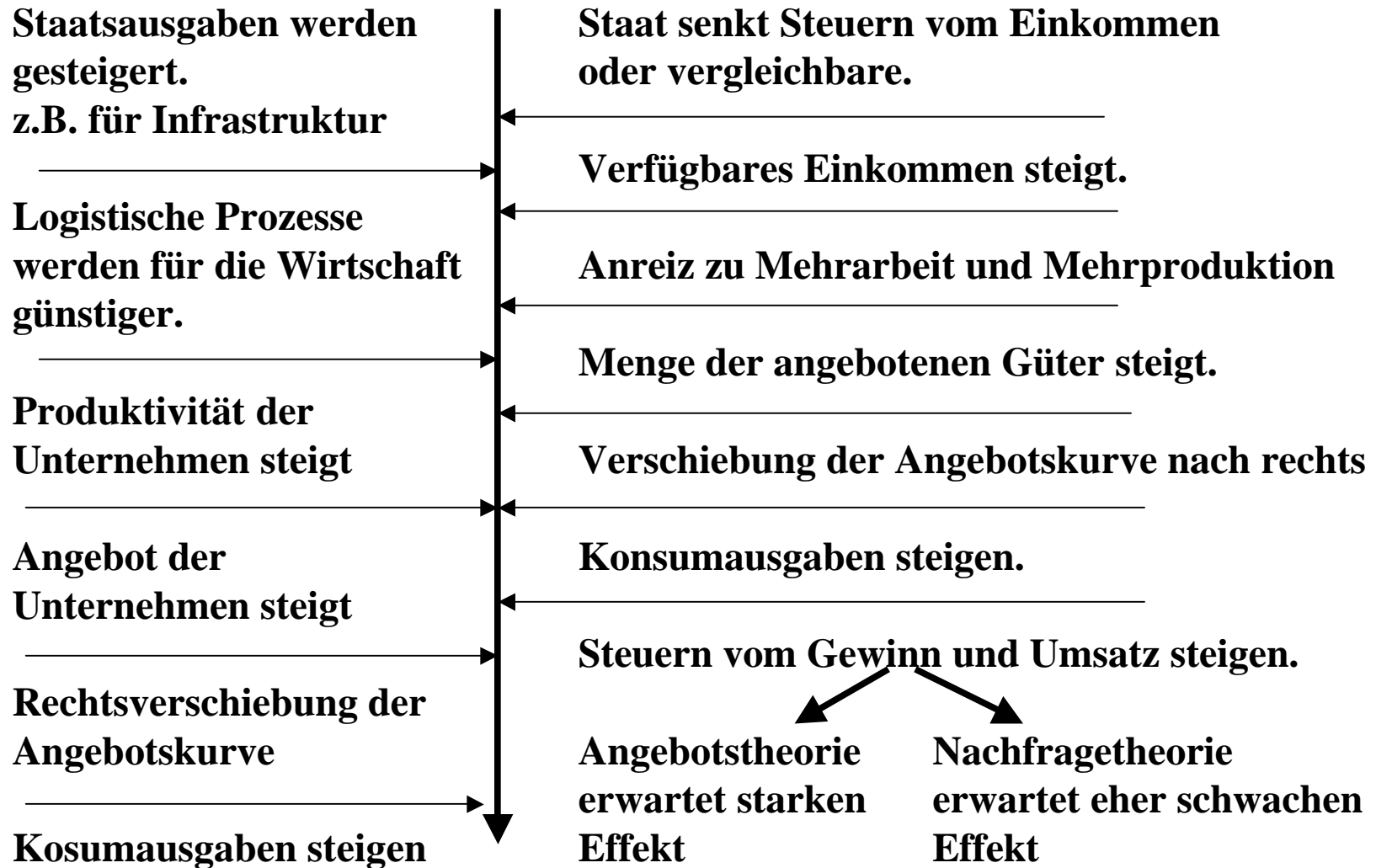
Nachfragedrosselung

Fiskalpolitik und aggregierte Nachfrage (Fortsetzung)

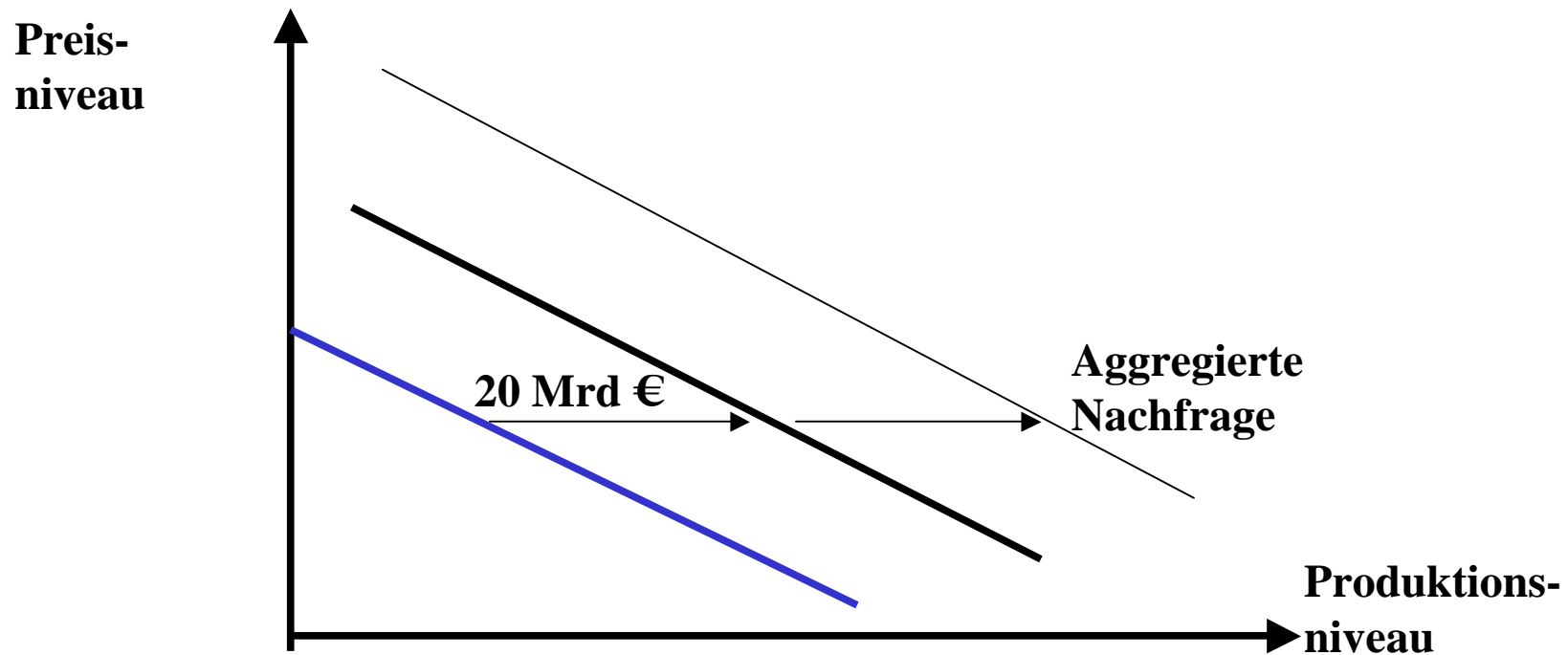


Die Wirkung hängt wesentlich davon ab, ob die Steuersenkung als dauerhaft oder als temporär eingeschätzt wird.

Fiskalpolitik und aggregiertes Angebot



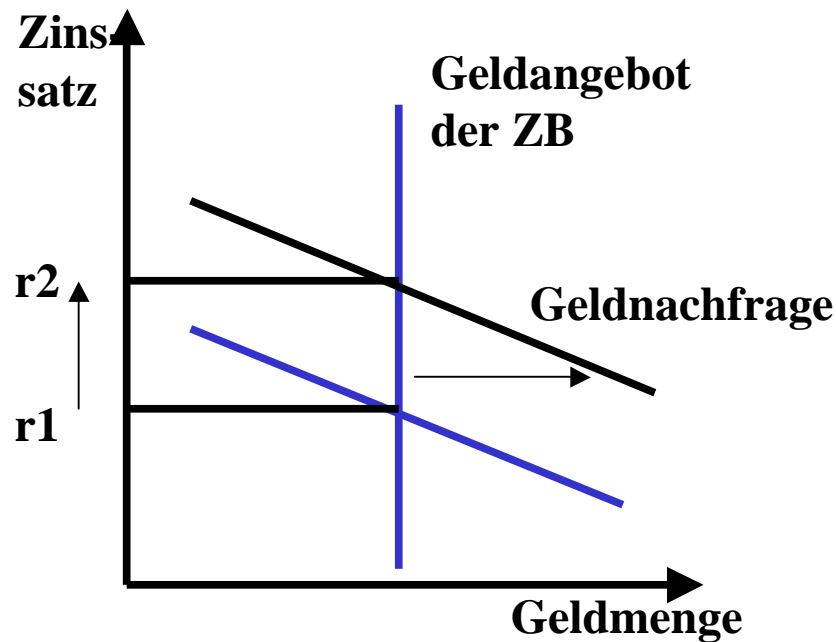
Der Multiplikatoreffekt in der Fiskalpolitik



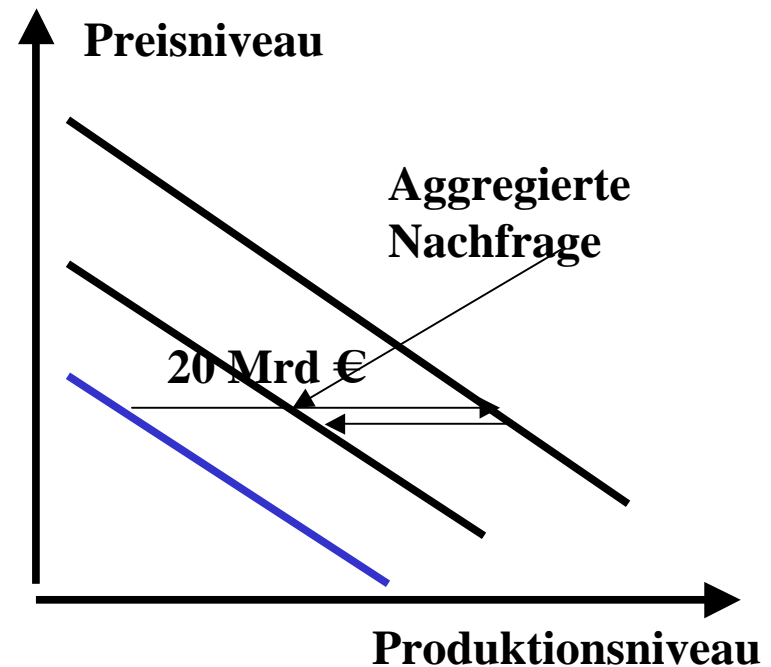
Ein Anstieg der Staatsausgaben um beispielsweise 20 Mrd. € wird die Nachfrage um mehr als diesen Betrag nach rechts verschieben. Der Multiplikatoreffekt entsteht, weil die zusätzlichen Staatsausgaben die Gesamteinkommen steigen lassen und diese wiederum zusätzliche Konsumausgaben auslösen.

Verdrängungseffekt in der Fiskalpolitik

Der Geldmarkt



Aggregierte Nachfrage



Die Staatsausgaben steigen. Die nachfolgenden Einkommenserhöhungen lassen die Geldnachfrage steigen. Das löst Zinssteigerung aus. Die Nachfrage steigt zunächst in Höhe der zusätzlichen Staatsausgaben. Die Erhöhung des Zinssatzes lässt die Kreditaufnahme für Investitionen sinken. Dadurch reduziert sich die positive Wirkung auf die aggregierte Nachfrage. Der Multiplikatoreffekt wird abgeschwächt.

Geld- und Fiskalpolitik als Stabilisierungspolitik

Merke: Geld- und Fiskalpolitik ergänzen sich in der Regel, indem die Zentralbanken auf die Fiskalpolitik der Staaten reagieren.

Beispiel: Der Staat baut Schulden ab, d.h. es stellt sich eine restriktive Nachfragewirkung ein.

Daraus resultiert Gefahr für Konjunktur und Wachstum.

Die Zentralbank versucht, die Wirkung auszugleichen durch Erhöhung der Geldmenge, z.B. durch verstärkten Ankauf von Wertpapieren und Senkung des Leitzinses.

**Vergleiche die Situation in den Euroländern seit 2010.
Die Staaten sind gezwungen, ihre überzogenen Schulden abzubauen (Auflage von EU-Kommission und EU-Rat).
Die EZB hält gleichzeitig den Leitzins auf niedrigstem Niveau und kauft ggfs. Staatspapiere der Schuldenstaaten.**

Schuldenstand ausgewählter Staaten

		Staat	Pr. Hsh	Untern.	Ges.
Deutschland	2012	83	58	64	205
	<i>1980</i>	<i>31</i>	<i>59</i>	<i>46</i>	<i>136</i>
Kanada	2012	88	91	54	233
	<i>1980</i>	<i>71</i>	<i>56</i>	<i>109</i>	<i>236</i>
USA	2012	107	86	89	282
	<i>1980</i>	<i>46</i>	<i>52</i>	<i>53</i>	<i>151</i>
Frankreich	2012	90	67	134	291
	<i>1980</i>	<i>34</i>	<i>27</i>	<i>99</i>	<i>160</i>
Großbritannien	2012	89	99	116	304
	<i>1980</i>	<i>58</i>	<i>37</i>	<i>64</i>	<i>159</i>
Griechenland	2012	171	69	73	313
	<i>1980</i>	<i>26</i>	<i>8</i>	<i>59</i>	<i>93</i>
Spanien	2012	91	87	186	364
	<i>1980</i>	<i>27</i>	<i>24</i>	<i>120</i>	<i>171</i>
Japan	2012	237	76	145	458
	<i>1980</i>	<i>53</i>	<i>60</i>	<i>176</i>	<i>289</i>

in % des BIP



Literaturverzeichnis

Klump, Rainer, Wirtschaftspolitik, München 2006

Mankiw/Taylor, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage
Stuttgart 2008

Porter, Wettbewerbsstrategie, 10. Auflage, Frankfurt a.M. 1999

Weiß, Kleer, Ceska, Ausbildung im Dialogmarketing Bd. 2, 1. Auflage
Troisdorf 2008

Wöhe, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
18 Auflage, München 1993